

Harald Mahrer · Dietmar Halper (Hrsg.)

Urbane Lebenswelten

Ideen für die Stadt der Zukunft



edition noir



JULIUS RAAB STIFTUNG

PolAk

Politische Akademie

Harald Mahrer · Dietmar Halper (Hrsg.)

Urbane Lebenswelten

Ideen für die Stadt der Zukunft

JULIUS RAAB STIFTUNG

Politische Akademie der ÖVP

Dieses Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2012 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung, Politische Akademie der ÖVP
Grafik und Satz: dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN: 978-3-9503255-2-2



Vorwörter

Harald Mahrer

Dietmar Halper

Seite 9

Green City, Leitbild bürgerlicher Stadtpolitik

Petra Roth

Seite 13

Integration, Inklusion und Diversität

Sebastian Kurz

Seite 19

Stadtpolitische Agenda – Vision Wien 2050

Manfred Juraczka

Seite 25

Selbst-bewusst denken und handeln

Siegfried Nagl

Seite 31

Stadtpolitik zwischen konservativ und liberal

Christian Moser

Seite 37



Stadt zwischen Tradition und Moderne

Markus Linhart

Seite 43

Netzwerk Stadt

Wolfgang Schuster

Seite 49

Willkommen in der urbanen Zukunft!

Paul Unterhuber und Rudolf Bretschneider

Seite 55

Standortpotenziale europäischer Städte

Silvia Stiller

Seite 61

Wie planbar ist Stadt?

Kurt Puchinger

Seite 65

Der Stadt-Raum der Zukunft

Peter Pleschberger

Seite 71



Nachhaltig urban. Urbane Nachhaltigkeit.

Mark Michaeli

Seite 77

Lebensraum Stadt

Harry Gatterer

Seite 83

Nachhaltig urban

Reinhold Christian

Seite 89

„Smart City“ als Vision oder Mythos

Ina Schieferdecker

Seite 99

**Die Stadt als Innovationsraum für Gesellschaft
und Wirtschaft**

Johann Lefenda

Seite 107

Autorenportraits

Seite 113



Vorwort

Urbanisierung ist ein Megatrend des 21. Jahrhunderts. Immer mehr Menschen leben weltweit in Städten. Im Jahr 2050 werden 75% der Weltbevölkerung in Städten leben. Der „High Speed“-Urbanismus boomender Städte im asiatischen Raum steht im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit. Er zieht unbestritten enorme ökonomische, soziale, geografische, politische, kulturelle und gestalterische Transformationsprozesse nach sich.

Aber auch die traditionelle europäische Stadt steht vor enormen Herausforderungen. Das große stadtpolitische Thema ist jenes einer nachhaltigen städtischen Entwicklung. Städtebauliche Verdichtung und zukunftsfähige Verkehrslösungen, soziale Stabilität und internationale Vernetzung, „smarte“ Städte und mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung – das sind einige der Herausforderungen für unsere urbanen Lebenswelten.

Außer Frage steht dabei, dass die Stadt als Chancenraum mehr denn je eine starke Werteidentität braucht: Zentral ist dabei der Wert der Freiheit, der die urbane Entwicklung seit jeher geprägt hat und der daher in der stadtpolitischen Programmatik eine zentrale Rolle spielen muss.

Die politische Diskussion über unsere Stadt bzw. über unsere Städte ist deshalb gezielt zu forcieren. Wir brauchen ein stärkeres urbanes Stadtbewusstsein und eine selbstbewusste bürgerliche Stadtpolitik. Intelligente, nachhaltige urbane Stadtpolitik ist die richtige Alternative zu roter Trägheit, grüner Verbotspolitik und blauer Ignoranz.

Der vorliegende Essay-Band mit seinen hochkarätigen Autorinnen und Autoren zeigt, welche Herausforderungen und welche Lösungsperspektiven es für unsere urbanen Lebenswelten gibt – und wie sie sich realisieren lassen. Damit Stadtluft auch in Zukunft frei machen kann.

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung



Vorwort

Stadtluft macht frei – dieser alte Spruch gilt als Synonym für in der Stadt gelebten Liberalismus und für eine frühe Ausprägung einer sich selbst organisierenden Bürgergesellschaft. Diese Urbanität nach christdemokratischen Grundsätzen ist kein Auslaufmodell. Heute und morgen brauchen Städte Freiheit und Eigenverantwortung, Solidarität, aber auch Leistung und nachhaltige Entwicklung. Daher ist es notwendig, innovative Lösungsansätze für die Stadtpolitik und die dort lebenden Menschen zu entwickeln. Mit der vorliegenden Publikation wollen wir einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Dass Wahlsiege für die ÖVP auch in Städten möglich sind, beweisen die Erfolge von Siegfried Nagl in Graz und Markus Linhart in Begrenz. Die beiden Politiker haben mit bürgerlichen Tugenden – wirtschaftspolitischem Liberalismus und einem christlich-sozialen Menschenbild – gezeigt, dass ÖVP-Werte am besten geeignet sind, die im städtischen Raum anstehenden Probleme wie Parkraumbewirtschaftung, Integration der Zuwanderer, Geschäftsleerstände oder Deindustrialisierung zu lösen.

Wir bedanken uns bei der Julius Raab Stiftung für die gute Zusammenarbeit bei unserem gemeinsamen Projekt „Urbane Christdemokratie“ und bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Zeit, Expertise, Diskussionsfreude und Engagement in die inhaltlichen Round Tables eingebracht haben.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Dr. Dietmar Halper
Direktor der Politischen Akademie

Green City, Leitbild bürgerlicher Stadtpolitik

Was Nachhaltigkeit für die Kommunalpolitik heißen kann

Petra Roth

Frankfurt 2030. Das klingt wie ein Versprechen, über die Zukunft einer Stadt in der Mitte Europas nachzudenken. Frankfurt 2030 steht für das Bemühen, Kernbereiche der Kommunalpolitik in einen Zusammenhang zu bringen, um den demografischen und klimatischen Wandel zu bearbeiten. Nachhaltigkeit ist der zentrale Maßstab kommunalpolitischen Handelns. Nachhaltigkeit heißt nichts anderes als: Künftige Generationen müssen die gleichen Chancen wie ihre Vorfahren haben, eine Stadt wie Frankfurt am Main beispielsweise gestalten zu können. Insofern ist Nachhaltigkeit eine Frage des Zusammenlebens, der Gerechtigkeit und der Dauerhaftigkeit.

Unter der Maßgabe der Nachhaltigkeit muss Kommunalpolitik, die bürgerliche Stadtpolitik sein will, eine Richtschnur für das eigene Handeln finden. Wenn wir beispielsweise über Frankfurt am Main als Green City reden, geht es darum, in der Gewissheit großer Verantwortlichkeit Maßstäbe für unser an der Zukunft orientiertes kommunalpolitisches Handeln zu entfalten.

Dauerhaftigkeit ist begrifflich angemessen, um die zeitliche Dimension des Maßvollen zu bezeichnen: Wir sollten uns bei all den Dingen, die wir tun und uns politisch vornehmen, daran orientieren, ob diese Dinge und diese Vorhaben Bestand haben können, auf Dauer angelegt sind, also in der Lage sind, nachhaltig zu wirken. In diesem Sinne verstanden, erscheinen Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit nur als Umschreibungen des christlichen Schöpfungsgedankens.

Das Dauerhafte ist der Feind der Eile. Bildung ist die Vermittlung von Dauerhaftigkeit. Dauerhaftigkeit wiederum setzt Verantwort-

lichkeit voraus. Dauerhaftigkeit lässt sich nur schaffen, wenn wir kein Talent verloren geben. Alles andere wäre gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel Dummheit. Nach persönlichem Leistungsvermögen, nach individuellen Interessen und nach bestehenden Potenzialen müssen wir Bildungswege skizzieren. Also gilt es, die Familien zu stärken. Dafür gibt es gerade in Städten wie Frankfurt am Main gute Ansätze, um Kindertagesstätten zu Familienzentren zu machen und Kurse wie „Mama spricht Deutsch“ anzubieten. In diesem Zusammenhang halte ich es für ein überaus lohnendes Unterfangen, über Weiterentwicklungen unseres Bildungsangebots nachzudenken. Denn außer Frage steht: Städte, die wachsen wollen, müssen über ein ansprechendes Angebot für Ausbildung und Weiterbildung verfügen.

Dabei können wir auf das Wirken von Stiftungen nicht verzichten. Allzu oft haben sie gute Ideen und nicht selten weisen sie uns auch auf manchen blinden Fleck hin. Etwa auf die schwierigen Wege in Bildungseinrichtungen: Wenn wir Kindern wie Eltern Zugänge erleichtern, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, den allgemeinen Prozess der weiteren Demokratisierung in Schwung zu halten.

In diesem Sinne brauchen wir perspektivisch eine Erziehung zur Nachhaltigkeit. Dann heißt Nachhaltigkeit auch: An den anderen zu denken. Sich also mit anderen Worten für ein Frankfurt einzusetzen, das sich auf eine solidarische Stadtgesellschaft stützen und sich auf das Engagement ihrer Bürger verlassen kann. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels brauchen wir dieses Eintreten füreinander. In Wien oder in Bludenz nicht anders als in Frankfurt am Main oder in Dinslaken. Auf dieser Basis lassen sich fünf strategische Pfade der „Nachhaltigen Stadt“ skizzieren, die sich in einem Leitbild „Frankfurt 2030“ bündeln ließen: Die internationale Bürgerstadt Frankfurt am Main bietet ihren Bürgern eine gute Lebensqualität, sorgt für den Zusammenhalt ihrer Bürger, macht ein ausgezeichnetes Bildungsangebot, bietet Arbeitsplätze für sämtliche Branchen und gehört in den Bereichen Kultur und Sport zu den führenden Plätzen in Europa.

Leitprojekte nachhaltiger Entwicklung

Mit diesen Ansprüchen an die Stadt der Nachhaltigkeit verbinden sich für mein kommunalpolitisches Handeln Leitprojekte. Dazu gehört die Entwicklung neuer Stadtteile für die wachsende Stadt, auf der aktuelles Know-how und gegenwärtige Familienfreundlichkeit zusammenfinden. In einem unserer neuen Viertel, Riedberg genannt und im Norden der Stadt gelegen, forschen Physiker und Biotechnologen, während ihre Kinder das erste Gymnasium besuchen können, das die Stadt nach nunmehr einhundert Jahren baut. An diesem Standort wecken wir frühzeitig das Interesse der Kinder – für das Fußballspielen nicht anders als für die Naturwissenschaften. Damit reagieren wir auf Wünsche der Eltern: Sie wollen das Beste für ihre Kinder, die sich in einer veränderten Welt zurechtfinden müssen – in der globalen Welt, in der zugleich auch Orte der Beheimatung zu finden sein sollten.

Zu den Leitprojekten gehört die energieeffiziente Sanierung in die Jahre gekommener Siedlungen. Mein Beispiel ist die Heinrich-Lübke-Siedlung im Stadtteil Praunheim. Das Quartier stammt aus den 1970er-Jahren und hatte zuletzt mit einer nicht ganz einfachen Sozialstruktur zu kämpfen. Es gab aus den Reihen der Mieter immer wieder Klagen über Schmierereien und andere Sachbeschädigungen. Alte Leute litten zuletzt darunter, dass es in dem Viertel keinen für sie erreichbaren Supermarkt mehr gab, um sich auf kurzem Weg selbst versorgen zu können. Mit der Sanierung, die die AGB Frankfurt Holding im Namen der Stadt Frankfurt vorantreibt, ändert sich das: Neue Bewohner ziehen in separat am Rande des Quartiers entstehende neue Häuser, den Bestand der Wohnungen bringt man auf den Stand der Dinge und verschafft ihren Mietern neue Helligkeit über die Vergrößerung bestehender Fensterfronten. Diese Siedlung ist ein Modellquartier, in dem wir alteingesessenen Bewohnern modernen Wohnraum bieten und den Zuzug in einer um Wohnraum ringenden Stadt attraktiv machen.

Zu den Leitprojekten zu zählen ist auch der Kulturcampus Frankfurt, den wir als Modellquartier des 21. Jahrhunderts entwickeln

wollen. Arbeiten, Wohnen und Kulturelles sollen dort auf eine Weise zusammengehen, die den Bewohnern und Nutzern ein Vergnügen ist. Jene Frankfurter, die künftig in diesem energieeffizienten Quartier wohnen, sollen das Gefühl haben, gerne dort zu leben. Kultur und Natur, um die sich Forscher im benachbarten Senckenbergmuseum kümmern, könnten in dem Viertel eine eigenwillige Auseinandersetzung miteinander finden.

Mit diesem Projekt stehen wir vor einer neuen Epoche der Stadtgeschichte. Wenn die Goethe-Universität erst ihren alten Campus verlassen hat, könnten Musiker, Tänzer, Schauspieler und andere Kulturschaffende eine gewaltige Sogwirkung entfalten, wenn sie sich in dem neuen Quartier ansiedeln. Wir wollen dort ein Modell entwickeln: als vorbildlicher Stadtteil, als entwicklungsfähiger Standort für Künstler, als ökologisch wertvolles Quartier. Wir bauen den neuen Campus als entwicklungsfähigen Standort für Künstler. Mit der Musikhochschule, dem Ensemble Modern, den Tänzern der Forsythe Company und des Mousonturms, den Theaterleuten von Heiner Goebbels, den Kreativen des Frankfurt LAB und den Denkern des Instituts für Sozialforschung schaffen wir ein unvergleichliches Panorama der Kreativität. Mit diesen Künstlern versammeln wir die tonbestimmenden Kulturschaffenden unserer Tage, um sie im Sinne einer Bildung zur Nachhaltigkeit zu beanspruchen. Damit unterstreichen wir in Frankfurt unseren Anspruch, Marktführer der zeitgenössischen Kultur zu sein.

Und wir bauen mit dem Kulturcampus Frankfurt ein in jeder Hinsicht vorbildliches Viertel, also auch als gemütliches Quartier, in dem sich jeder zurechtfinden kann. Was wir Kulturcampus nennen, ist Heimat in Zeiten der Globalisierung, bietet Räume des Entspannens wie des Nachdenkens, Räume, in denen man stets mit dem Neuen rechnen kann und gleichzeitig die Qualität des Beständigen kennt, Räume, in denen Tradition und Innovation zusammengehen.

Wir gehen diese neue Epoche der Stadtgeschichte gemeinsam an. Denn für unser Vorhaben, Frankfurt zur Green City zu ma-

chen, können wir alle Kräfte gut gebrauchen. Denn gerade bei Projekten dieser Größenordnung kann man auf Dauerhaftigkeit nicht verzichten. Doch Kontinuität allein reicht nicht. Nachhaltigkeit braucht auch Impulse, leidenschaftliche Impulse jenseits allen Verwaltungshandelns. Diese Dinge brauchen Anschub unter dem Vorzeichen, auf Dauerhaftigkeit zu zielen. Anschub, der über die Grenzen einzelner Ressorts hinweg geht. Anschub aus der Perspektive eines über den Dingen stehenden Vogels, der erst in den Blick bekommt, wie sich Mobilität auf den Straßen und Schienen der Stadt miteinander in Verbindung bringen lässt. Des Vogels, der wahrnimmt, an welchen Ecken sich noch Lücken im Netz der Energieversorgung auftun.

Knoten zusammenhalten

Wir sind der Knoten, der die gesamte Region verbindet. Ein Knoten, der sich informationstechnologisch alltäglich bewähren muss. Ein Knoten, durch den die gesamte Republik muss. Es kommt darauf an, den Knoten zusammenzuhalten. Das ist die Maxime meiner Politik, einer Politik der Nachhaltigkeit.

Die Europäische Union denkt die Verfasstheit des Alten Kontinents als Konkurrenz der Metropolregionen, in denen große Städte wie Wien und größere Kommunen wie Frankfurt am Main als eine Art Herzmuskel wirken. Diese Konkurrenz kann für eine bürgerliche Stadtpolitik von herausragender Bedeutung sein, wenn wir dieses Kräfteressen nicht allein ökonomisch verstehen, sondern auch kulturell fassen.

In diesem Zusammenhang lassen sich Leitmotive kommunalpolitischen Handelns schaffen. Auf diese Weise bekommen wir in den Blick, an welchen Grundsätzen sich bürgerliche Stadtpolitik zu orientieren hat – sie sollte sich die Mühe machen, die Zusammenhänge zu denken. Nur dann kann es gelingen, die demografische und die klimatische Frage in einem Atemzug zu nennen. Antworten darauf müssen wir in den Städten geben. Dafür ist „Frankfurt 2030“ ein Beispiel. Ich glaube: ein gutes Beispiel.

Integration, Inklusion und Diversität

Der Weg zu einer erfolgreichen Integrationspolitik – eine Herausforderung für den städtischen Raum

Sebastian Kurz

Der Veränderungsprozess in der österreichischen Gesellschaft wird oft über Zahlen und Statistiken argumentiert. Doch greifbar und sichtbar wird er schon, wenn man ein öffentliches Verkehrsmittel in der Bundeshauptstadt Wien benutzt oder einzelne Stadtgebiete besucht. Die Unterschiede im Aussehen und auch in der Sprache, die gesprochen wird, machen eines klar – bedingt durch Migration ist unsere Gesellschaft einem Wandlungsprozess unterworfen.

Das, was im städtischen Straßenbild offensichtlich ist, wird schließlich durch die aktuellen statistischen Zahlen bestätigt. 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die rechtmäßig in Österreich leben, haben einen Migrationshintergrund. Aber was bedeutet Migrationshintergrund in diesem Kontext? Hierbei findet die offizielle, international übliche Definition Anwendung. Als Personen mit Migrationshintergrund werden demnach Menschen bezeichnet, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden! Ca. zwei Drittel (ungefähr 930.000 Personen) dieser 1,5 Millionen besitzen eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische, ca. ein Drittel (ungefähr 560.000 Personen) den österreichischen Reisepass.

Diese ca. 19% der Gesamtbevölkerung darf man jedoch nicht als einen „monolithischen“ Block betrachten. Die Herkunftsländer der in Österreich lebenden Migrantinnen und Migranten sind sehr unterschiedlich. Die Diversität, die sich einem hier offenbart, führt unweigerlich zu sehr differenzierten Anforderungen an eine erfolgreiche Integrationspolitik. Im Wissen um diese Diversität ist es jedoch umso wichtiger, eine Leitlinie, ein Motto für Integration zu definieren!

Integration durch Leistung

Das Motto, unter dem die Arbeit des Staatssekretariates firmiert, ist „Integration durch Leistung“. Mit dieser Positionierung wird ein Kontrapunkt zu den bisherigen Extrempositionen von rechts und links gesetzt. Leistung soll gefordert, aber auch gefördert und entsprechend honoriert werden. Das gilt eben auch für die Integration! Wobei aber dieser Leistungsbegriff breit gefasst ist! Es geht um Engagement und Einsatz im Beruf und im Ehrenamt. Es geht um den Unternehmer, der sich hier in Österreich eine Existenz aufgebaut hat. Es geht um das Engagement, das Eltern für ihre Kinder erbringen. Es geht auch um Präsenz- und Zivildienstler, die unabhängig von ihrer Herkunft für Österreich Einsatz zeigen!

Die Betonung eines weit gefassten Leistungsbegriffs soll die Identifikation mit Österreich fördern und wie ein einigendes Band fungieren! Jeder, der rechtmäßig in diesem Land lebt, soll an dem, was er tut, gemessen werden und nicht an seiner Herkunft. Dadurch wiederum soll auch Vorurteilen und Verunglimpfungen entgegengewirkt werden!

Aufbauend auf diesem Motto, das gerade in Wien besonders wichtig ist, sind es drei Grundsätze, die bei der Integrationspolitik verfolgt werden müssen.

Sprache als Schlüssel

Der erste dieser Grundsätze betrifft die deutsche Sprache. Sie zu beherrschen und sie auch zu verwenden, stellen fundamentale Voraussetzungen für das Gelingen von Integration dar. Und hierbei möchte ich nun nicht abstrakt wirkende Argumente bedienen, sondern vielmehr auf eine allseits anerkannte Redensart verweisen – „Durchs Reden kommen die Leut' zusammen“! Bei der Integration gilt das noch viel mehr. Viele Probleme und unterschiedliche Sichtweisen können ausdiskutiert werden. Aber dafür bedarf es des Instruments der gemeinsamen Sprache!

Erfolg in Beruf und Bildung kann ebenfalls nur dann gelingen, wenn ausreichende Sprachkenntnisse vorhanden sind.

Aus diesem Grund liegt einer der Förderschwerpunkte des Staatssekretariates im Bereich des Spracherwerbs. Und weil dieser gerade bei den Kleinsten besonders gut funktioniert, wird der Fokus auf den vorschulischen Bereich, die Kindergärten gelegt! Insgesamt 30 Millionen Euro werden zwischen 2012 und 2014 vom Staatssekretariat gemeinsam mit den Bundesländern für zusätzliche Sprachfördermaßnahmen in den vorschulischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen investiert.

Die vom Staatssekretariat bereitgestellten Mittel für unterschiedlichste Deutschförderkurse wurden ebenfalls merklich aufgestockt. Über 4 Millionen Euro werden 2012 für über 50 unterschiedliche, auf die jeweiligen Personengruppen zugeschnittene Sprachkurse aufgewandt! Dadurch soll sichergestellt werden, dass die sprachlichen Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig verbessert werden und das „gemeinsame Instrument“ der deutschen Sprache auch wirklich Anwendung finden kann!

Integration in den Arbeitsmarkt

Der zweite Grundsatz der integrationspolitischen Arbeit betrifft die Förderung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Die aktuellen Probleme in diesem Bereich sind vielfältig und spitzen sich im städtischen Raum zu. Eine im Vergleich zu anderen Personengruppen niedrigere Beschäftigungsquote, geringere Einkommen und ein geringerer Anteil an hochqualifizierten Mitarbeitern verursachen vielfältige Schwierigkeiten. Mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sind daher das erklärte Ziel. Und seit dem letzten Jahr konnten in diesem Zusammenhang auch schon einige wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden!

In Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium wurde im Bereich des AMS ein Migrantenindex eingeführt. Durch die Erhebung des möglichen Migrationshintergrundes bei der Arbeitssuche soll das Zuschneiden der Fördermaßnahmen und der Angebote für diese Personengruppe noch zielgerechter erfolgen. Allzu oft ist nämlich ein Sprachkurs wichtiger als eine EDV-Schulung! Man muss es nur auf Basis des „Hintergrundes“ einer Person auch erkennen!

Kompetenzen anerkennen

Um die Situation von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern, müssen wir aber auch anerkennen, dass viele von ihnen Potenziale und Kompetenzen mitbringen! Das Problem war/ist nur, dass es ihnen bislang erschwert worden ist, diese Kompetenzen auch einzusetzen! Bedingt durch sehr viele unterschiedliche Regelungen und Zersplitterungen im Bereich der Kompetenzen stellt die Anerkennung von Ausbildungen eine der größten Herausforderungen für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund dar. Vereinfachungen bei Anerkennungen sind deshalb eine große Chance, um die Potenziale von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund zu erkennen und letztendlich zu „heben“.

In den letzten zwölf Monaten konnten erste wesentliche Weichenstellungen auf den Weg gebracht werden. Gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium konnte ein Fünf-Punkte-Programm für die vereinfachte Anerkennung (im Fachjargon „Nos-trifikation“) beschlossen werden. Ein wesentlicher Punkt betrifft dabei die Verkürzung der Verfahrensdauer. Diese wird auf drei Monate ab der Antragsstellung reduziert. Innerhalb dieser Frist müssen Antragssteller in Hinkunft erfahren, ob ihr Studium anerkannt wird bzw. welche Prüfungen gegebenenfalls nachzuholen sind. Im Wissenschaftsministerium wird außerdem eine einheitliche Anlaufstelle (NARIC, „Nationales Informationszentrum für akademische Anerkennung“) eingerichtet.

Im Bereich der Anerkennung von Berufsausbildungen wird derzeit gemeinsam mit dem Sozialministerium erstmalig eine allgemein gültige, standardisierte Information über die Voraussetzungen von Anerkennungsverfahren erarbeitet. Daneben wurde auch eine Homepage (www.berufsanerkennung.at) eingerichtet, die es Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund erleichtern soll, die zuständigen Ansprechstellen für ihre jeweilige Ausbildung zu ermitteln.

Respekt für Österreich

Die dritte wesentliche Komponente der integrationspolitischen Arbeit betrifft das Thema „Respekt für Österreich“. Der Begriff „Respekt“ hat eine allgemein anerkannte Gültigkeit und kann innerhalb unterschiedlicher Themenbereiche Anwendung finden. In der Arbeit des Staatssekretariates geht es um den Respekt für die österreichische Kultur. Es geht aber auch um den Respekt und den Umgang mit unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen. In diesem Zusammenhang kommt den Religionsgemeinschaften auch eine große Bedeutung zu. Sie sind ein wesentlicher Partner in der Forcierung eines respektvollen Dialoges. Aufbauend darauf wurde gemeinsam mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft das „Dialogforum Islam“ gestartet. Unterteilt in mehrere Arbeitsgruppen hat es sich zum Ziel gesetzt, unterschiedliche Fragestellungen (z.B. die Rolle der Frau) offen und ehrlich zu diskutieren und daraus weitere Maßnahmen abzuleiten.

Sprache, Beruf und Respekt – durch eine Politik, die sich an diesen Prämissen orientiert, soll sichergestellt werden, dass Integration gelingt und im öffentlichen Diskurs eine Versachlichung stattfindet. Denn viel zu oft war in den letzten Jahren Integrationspolitik von Extremen dominiert. Während die eine Seite Integration als einen selbstständigen Prozess auffasste, der nach dem Prinzip von Laisser-faire „sowieso irgendwie“ stattfindet, wurde und wird auf der anderen Seite des politischen Spektrums unentwegt der Untergang unserer Gesellschaft heraufbeschworen. Die Wahrheit liegt in der Mitte!

Einerseits muss uns klar sein, dass eine strukturierte Integrations- und Migrationspolitik für die Zukunft unseres Landes und insbesondere unserer Städte von großer Bedeutung sind. Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen Teil unserer Gesellschaft. Bedingt durch den demografischen Wandel (Stichwort Alterspyramide) sind sie für unser Land von entscheidender Bedeutung. Ihre Integration muss gefördert, aber auch eingefordert werden. Andererseits wäre es aber fahrlässig, vor den bestehenden Problemen im Bereich Sprache, Bildung, Beruf und gesellschaftlicher Integration die Augen zu verschließen. Wie bereits beschrieben, geht es darum, für die unterschiedlichen Probleme und Herausforderungen genau zugeschnittene Lösungen zu erarbeiten! Eine Weltformel für erfolgreiche Integration gibt es aber auch nicht! Es geht vielmehr darum, viele verschiedene Schritte zu setzen und damit den Weg der Integration erfolgreich und gesamtgesellschaftlich zu beschreiten!

Die Richtung, die bei der Integrationspolitik eingeschlagen worden ist, stimmt. Der Weg, der vor uns liegt, muss nun konsequent beschritten werden – auch und gerade im städtischen Raum.

Stadtpolitische Agenda – Vision Wien 2050

Ein urbanes Familienbild im Spannungsfeld von individueller Selbstverwirklichung und Verantwortung

Manfred Juraczka

Das Streben nach einer zeitgemäßen Familienpolitik stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar und ist – zum Leidwesen des Themas – da und dort noch immer von ideologischen Grabenkämpfen bestimmt.

Da wird die außerhäusliche Kinderbetreuung gegen jene durch die eigenen Eltern ausgespielt, da wird die Teilzeitarbeit von Elternteilen von den einen als Wunsch der Betroffenen bezeichnet, während die anderen vor dem „Abdrängen in die Teilzeit“ warnen, und da erzeugen die einen den Eindruck, dass es nahezu nur mehr Alleinerzieher gibt, während die anderen die Tatsache einer steigenden Anzahl von Alleinerziehern negieren (wollen). Dementsprechend kritisieren auch verschiedene Familienorganisationen, dass sich in der Familienpolitik ideologisch unterschiedliche Positionen der Parteien am schärfsten manifestieren: Während die einen Familienpolitik auf Frauenpolitik beschränken, laufen die anderen Gefahr, die Familienpolitik auf Mütter- und Hausfrauenpolitik zu beschränken.

Wenn gleich zu Beginn dieses Beitrages die Familie – ohne sie zu definieren – mit dem Vorhandensein von Kindern angenommen wird, so stellt dies keine Privilegierung oder Förderung bestimmter Formen des Zusammenlebens dar, sondern es geht um die Wahrnehmung, Anerkennung und (teilweise) Abgeltung von Leistungen, die diesfalls in und durch Familien im Interesse der gesamten Gesellschaft erbracht werden. Insofern ist der Satz „Familie ist dort, wo Kinder sind“ gerechtfertigt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Potenzielle Eltern sehen die Probleme freilich abseits der oben beschriebenen ideologisch geprägten Trennlinien, weil sie sich mit ganz praktischen Fragen beschäftigen, die nur äußerst bedingt an diesen Fragestellungen zu messen sind. Ein Hauptpunkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn man kann, auch ganz unabhängig von steigenden Scheidungsraten und einer höheren Anzahl von Alleinerziehern, davon ausgehen, dass das durchschnittliche Elternbild jenes des Berufstätigen ist, spätestens nach dem Eintritt der Kinder in die Volksschule.

Die Politik, die dem Menschen kein Lebensmodell vorschreiben darf, sondern lediglich für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen hat, sieht sich dementsprechend – neben den notwendigen finanziellen Leistungen – auch mit der Aufgabe konfrontiert, ein ausreichendes Netz an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen zu ermöglichen.

Ich schreibe „ermöglichen“, weil es in diesem wie in anderen Bereichen nicht bloß um staatliche Einrichtungen gehen kann und darf, sondern nur durch entsprechende Förderung von privaten Initiativen auch die notwendige Flexibilität erreicht werden kann. Die Politik kann wie gesagt lediglich die Rahmenbedingungen bereitstellen, die Frage, wie Eltern Haushaltsführung, Kindererziehung und außerhäuslichen Erwerb untereinander aufteilen oder wie sie ihn – im Falle von Alleinerziehern – allein bewerkstelligen, muss ihnen selbst überlassen bleiben.

Ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und flexibles Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen stellt den wesentlichsten Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar, denn die Erwerbschancen von Eltern hängen besonders von den zur Verfügung stehenden Betreuungsangeboten für Kinder und sonstige hilfsbedürftige Personen ab. Es ist somit auch unumgängliche Voraussetzung für die Bereitschaft, den Kinderwunsch Wahrheit werden zu lassen.

Gefragt ist echte Wahlfreiheit, die nur durch Kindertageseinrichtungen und andere Modelle wie Tagesmütter oder Ähnliches erreicht werden kann.

Gefragt sind aber auch die Betriebe selbst, die durch Einrichtung von Betriebskindergärten eine der am nächsten liegenden und am besten praktikierbaren Form der Kinderbetreuung anbieten können.

Natürlich ist das nur für größere Betriebe möglich, weshalb die Stadt die Einrichtung von Betriebskindergärten durch mehrere Klein- und Mittelbetriebe fördern sollte. Der regionale Zusammenschluss von Unternehmen, um gemeinsam einen Betriebskindergarten zu führen, wäre v.a. für den Wiedereinstieg in den Beruf von großem Vorteil.

Idealbild und Realität

Die Zeiten eines einheitlichen Familienbildes – Vater, Mutter, Kind – sind vorbei, weil diesem Bild in der Realität unterschiedlichste Formen des familiären Zusammenlebens gegenüberstehen. Aufgabe der Politik oder einer Partei ist es nicht, diese Tatsache zu ignorieren, sondern Familienpolitik für alle diese Formen mitzudenken, gleichwohl man natürlich ein Idealbild von Familie haben kann.

Was außer Zweifel steht, ist die Tatsache, dass jedes Kind grundsätzlich ein Recht auf beide Elternteile hat. Eine Neuregelung des Pflegeurlaubs – so wäre die Erhöhung des Pflegeurlaubes auf zwei Arbeitswochen pro Jahr vorstellbar und diskussionswürdig – muss auch eine Ausdehnung des Pflegeurlaubes auf erkrankte Kinder, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben, berücksichtigen. Es gibt heute mehr Alleinerzieher und es gibt heute mehr Kinder, deren Eltern nicht im gemeinsamen Haushalt leben. Beide Elternteile sollen dabei unterstützt werden, für ihre Kinder auch da sein zu können. Die Frage der Kinderbetreuung bildet freilich, so wichtig sie ist, nur einen Teilaspekt der Familienpolitik.

Es stellt sich, gerade in einer Großstadt, die Frage, ob sie sich als familienfreundlich bezeichnen darf. Das geht von baulichen Einrichtungen über die Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel bis hin zur familienfreundlichen Gestaltung von Straßen, Plätzen und Parks.

Elternbildung stärken

Kinderbetreuung und finanzielle Unterstützung bieten Hilfe für Eltern, sie können ihnen die Verantwortung aber nicht abnehmen. Letztendlich sind sie es, die den bedeutsamsten Teil der Erziehungsarbeit leisten, und es ist wiederum mit eine Aufgabe der Allgemeinheit, sie bei dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen. Gerade angesichts heutiger Herausforderungen ist es daher unumgänglich, die Angebote an Elternberatung und Elternbildung zu verstärken und leichter zugänglich zu machen. Einer Großstadt wird es darüber hinaus gut anstehen, die sinnvolle Freizeitgestaltung von Familien zu unterstützen, was etwa durch Angebote wie Familiencards zum Besuch von Freizeit- und Kultureinrichtungen erreicht werden kann.

Ein – noch – visionärer Gedanke ist das Aufbrechen des Lebenszeitmodells, das heute vereinfacht gesagt aus Beruf-Kinderbetreuung-Wiedereinstieg und Ruhestand besteht. Eine in die Zukunft gerichtete Familienpolitik könnte Überlegungen anstellen, diesen linearen Ablauf aufzubrechen und einen unter Umständen häufigeren Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit zulassen, was gerade auch im Hinblick auf (später im Leben Platz greifende) familiäre Verpflichtungen durch Pflege alternder Angehöriger von Interesse wäre.

Zusammenleben der Generationen

Das Thema Familie kann so und so nicht behandelt werden, ohne auf die wachsende Gruppe der Seniorinnen und Senioren einzugehen, schließlich werden 2030 rund 27% aller Wienerinnen und Wiener über 60 Jahre alt sein. Dies berührt die Fami-

lienpolitik schon deshalb, weil die ältere Generation einerseits Aufgaben im familiären Umfeld wahrnimmt und andererseits die Frage der Pflege und Betreuung älterer Menschen ein Teil der Familienpolitik ist. Wir verfolgen den gesamthaften Ansatz einer generationengerechten Stadt. Das Zusammenleben der Generationen in einer Stadt muss gekennzeichnet sein von dem Versuch, eine Ghettoisierung der Älteren nicht nur zu verhindern, sondern im Gegenteil aktive Maßnahmen zu setzen, um ein Neben- und Miteinander von Alt und Jung auch in städtebaulicher Hinsicht zu bewerkstelligen.

Das beginnt beim Kindergarten in der Seniorenresidenz und geht über die Schaffung von Generationenplätzen hin zum gemeinsamen Wohnen in neu einzurichtenden Mehrgenerationen-Häusern.

Familiäre Bindungen zwischen den Generationen nehmen zwar ab und die im gemeinsamen Haushalt lebende Großfamilie gehört längst der Vergangenheit an, auch wenn viele Menschen Pflegeleistungen in der eigenen Familie erbringen. Wir wollen den positiven Gedanken der Familie auf die Grätzelmehrgenerationen- und „Größtfamilie“ umlegen, wo im Idealfall Generationenviertel entstehen, die nachbarschaftliche Patenschaften und gegenseitige Hilfe gewährleisten.

Selbst-bewusst denken und handeln

Anforderungen an die Stadtpolitik des 21. Jahrhunderts

Siegfried Nagl

Heute kann man keine Zeitung mehr aufschlagen, ohne sofort über das Thema „Politverdrossenheit“ zu stolpern. Viele Menschen schimpfen über „die da oben“. Politiker machten ohnedies nur mehr, was sie wollten und könnten den eigenen Sack nicht voll genug kriegen. Die Beziehung zum kleinen Mann hätten sie längst verloren. Der Stammtisch erklärt Politiker pauschal zu Verbrechern, populistische Hetzer haben Hochkonjunktur.

Angesichts der Anzahl schockierender Politaffären, wie Eurofighter, BAWAG, Hypo Alpe Adria, Reisepass gegen Parteispende, Telekom, BUWOG, Skylink, Blaulichtaffäre, Inseratenkampagne, darf einen das vernichtende Image der Politik in der Bevölkerung nicht verwundern.

Für mich als Politiker stellt sich natürlich die Frage, ob ich nicht auch selbst zum schlechten Ansehen der Politik in der Öffentlichkeit beigetragen habe. Klar bin ich mit dem einen oder anderen „Sager“ ins Fettnäpfchen getreten. Zumindest bemühe ich mich aber, aus meinen Fehlern zu lernen.

Viele gesellschaftspolitische Zusammenhänge sehe ich heute differenzierter als noch zu Beginn meiner politischen Karriere.

Anfütterungsprofis und Lobbyisten hingegen hatten bei mir nie eine Chance. Bestechlichkeit zählt nicht zu meinen Schwächen. Ich lasse mich von niemandem korrumpieren. Ehrlichkeit ist mir wichtig. Ich möchte, dass meine Weste weiß bleibt und ich jeden Morgen ohne schlechtes Gewissen in den Spiegel schauen kann. Von mir können Sie jederzeit ein gebrauchtes Auto kaufen.

Im politischen Alltag, aber auch sonst im Leben gilt für mich die Prämisse „leben und leben lassen“. Selbst in harten politischen Auseinandersetzungen bin ich um Fairness bemüht. Diese Haltung wird mir von manchen Seiten als „Harmoniebedürftigkeit“ vorgeworfen. Ein Vorwurf, mit dem ich leben kann.

Miteinander statt gegeneinander

Gerade in einer Zeit, die von Habsucht und Gier beherrscht wird, hat das Miteinander für mich einen höheren Wert als das Gegeneinander. Empathie und Verständnis für Andersdenkende kommen im politischen Alltag ohnedies viel zu kurz.

Was meine Arbeit für Graz betrifft, glaube ich, in meiner Funktion als Stadtrat, seit 2003 als Bürgermeister, viel weitergebracht zu haben. In den letzten zehn Jahren hat sich das Gesicht von Graz komplett geändert (Ost/Westachse, P&R Liebenau, Pachleitner Headquarter, neue Stadt- bzw. Messehalle A, Sanierung der Herren- und Murgasse, Kunsthaus, Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, Ausbau FH Joanneum, Aufnahme von Schloss Eggenberg in die Weltkulturerbeliste, Komplettanierung und Neugestaltung des Schlossbergs, Umsetzung des größten Hochwasserschutzprogramms in der Geschichte von Graz, Modernisierung der Verwaltung und des öffentlichen Verkehrs, Integrationsoffensive, UNESCO City of Design und vieles mehr). Natürlich erfüllt mich diese Erfolgsbilanz auch ein wenig mit Stolz.

Was aber im politischen Alltagsgeschäft bisher zu kurz kam, ist der große gesamtpolitische Wurf, die Umsetzung einer großen gesellschaftspolitischen Vision, die wir für das zukünftige Graz, aber natürlich darüber hinaus benötigen.

Mehr Visionskraft

In den letzten Jahren ist mir zunehmend bewusst geworden, dass die Menschen Politiker brauchen, die nicht bloß die Gegen-

wart verwalten und organisieren, sondern auch den Mut haben, die Zukunft zu gestalten.

Wenn ich mit meinem Verhalten selbst zur Politverdrossenheit beigetragen habe, dann am ehesten deswegen, weil ich meine politischen Visionen im politischen Alltag bisher zu sehr vernachlässigt habe.

Seit den frühesten Kulturen möchten die Menschen wissen, was die Zukunft bringt. Waren es früher Sterndeuter, Wahrsager und Kartenleger, die vorgaben, in die Zukunft blicken zu können, beschäftigt sich heute ein ganzer Wissenschaftszweig mit Zukunftsforschung. Misst man die Vorhersagen der Zukunftsforscher an der Realität, lässt sich allerdings feststellen, dass auch hier nur ein Bruchteil zutreffend war. Trotzdem besteht die Möglichkeit, anhand der vorhandenen Gegebenheiten zukünftige Entwicklungen zu erahnen und letztlich auch zu gestalten.

Die Stadt Graz wird wachsen und daraus ergeben sich zwangsläufig eine Erhöhung des Energiebedarfs, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, mehr Wohnraumbedarf, Bedarf an mehr Arbeitsplätzen, mehr Infrastruktur und Freizeitmöglichkeiten in der Stadt. Die rasante technische Weiterentwicklung wird sich auf unser gesamtes Leben auswirken, davon betroffen sind v.a. die Arbeits- und Bildungswelt sowie die Mobilität, und nicht zuletzt werden die technischen Möglichkeiten auch unser demokratisches System grundlegend verändern.

Der medizinische Fortschritt hat es möglich gemacht, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen bei 82 Jahren und jene von Männern bei 78 Jahren liegt. Die rasche Entwicklung in der Biologie und die daraus resultierenden medizinischen Anwendungsmöglichkeiten werden die Lebenserwartung noch weiter erhöhen. Ein durchschnittliches Lebensalter bis zu 120 Jahren ist keine Utopie mehr. Weil mit der Lebenserwartung auch die Krankheits- und Pflegekosten exponentiell ansteigen, droht uns im Gesundheitssystem ein finanzieller Kollaps.

Um die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems nicht zu gefährden, dürfen Menschen nicht nur älter werden, sie müssen gesund älter werden. Dieses Ziel lässt sich nur dann realisieren, wenn die Einsicht und Compliance der Bevölkerung für einen gesünderen Lebenswandel und Prävention zunehmen. Da Gesundheitsbewusstsein stark bildungsabhängig ist, darf sich die Schulbildung nicht mehr auf bloße Wissensvermittlung beschränken, sondern muss auch zu einer Schule des Lebens werden. Diese Schule bereitet die Menschen darauf vor, für langes Leben zu lernen.

Unser unbekümmerter Umgang mit den Ressourcen Erdöl, Wasser, Luft hat uns in eine Notlage gebracht. Der drohende Klimakollaps, die zur Neige gehenden Erdölreserven, der absehbare Wassermangel machen deutlich: Wir haben zu lange über unsere Verhältnisse gelebt. Diese dramatische Situation zwingt uns zu einer Veränderung unseres Verhaltens und das bringt natürlich auch Bewegung in unsere Gesellschaft. Im tiefsten Inneren spüren wir alle, dass wir zu lange und ohne schlechtes Gewissen auf Kosten der nächsten und übernächsten Generation gelebt haben.

Mehr Verantwortung für die Bürger

Allein das Gebot der Fairness verlangt schon ein rasches Handeln der Politik. Es liegt dabei auf der Hand, dass der Weg zur richtigen Entscheidung nicht immer der leichteste ist. Wesentlich für diesen Prozess der Veränderung ist, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Verantwortung für ihr Leben wieder übertragen.

Mit einer kleinen Anleihe an das Mittelalter könnte man es zuspitzen: „Stadtluft muss wieder frei machen“!

Für viele Unfreie (Leibeigene etc.) waren die Städte, die seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts von adeligen und geistlichen Herren gegründet wurden, die Stätten ihrer Sehnsucht. Dort erst

schienen Freiheit, Unabhängigkeit, Reichtum und Glück für alle Menschen Realität werden zu können, denn mit dem Recht, sich in der Stadt aufhalten zu dürfen, war die Leibeigenschaft aufgehoben.

Auch heute geht es um Abhängigkeiten. Wer ständig nur nach „oben“ blickt und meint, irgendwer, z.B. bei Klimagipfeln oder Weltwirtschaftsforen, werde schon Regeln erlassen, nach denen man sich dann richten werde, nimmt sich die Freiheit, das Leben und die Umwelt selbst zu gestalten. Unter Freiheit verstehe ich nicht nur die klassischen Freiheiten, die auch als Grund- oder Menschenrechte verbrieft sind, sondern v.a. die Gestaltungsmöglichkeiten auf verschiedensten Ebenen. Dazu ist mir ein Zitat Bernard Shaws untergekommen: „Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit. Das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten“, das bedeutet „Freiheit ist selbst gewählte Verantwortung“. Deshalb verspielt auch der, der immer mehr Schulden (sowohl klassisch finanzielle, als auch bei unserer Natur) anhäuft und den nachfolgenden Generationen keinen Spielraum hinterlässt, für sich und jedenfalls für die Nachwelt die Freiheit.

Die Wurzel des Übels ist, dass manche unter uns – und ich meine damit Politikerinnen und Politiker aus allen Parteien – den „Gratisstaat“ zu ihrem Credo erhoben haben. Alles auf höchstem Niveau, und das gratis. Jene, die diesen Sand in die Augen der Menschen streuen, sind – und man kann es ruhig einmal so deutlich sagen – „Verräter der Zukunft“. In diesem Bereich gehört das Steuer dramatisch herumgerissen.

Selbst-Bewusstsein als Chance

Wie sieht es also in der Stadt Graz 2030 aus? Ich glaube an die positive Veränderbarkeit der Gesellschaft, daher gehe ich davon aus, dass der Großteil der Menschen dann sehr genau wissen wird, wie viel an Natur sie verbrauchen und wie sie die vielen technischen Möglichkeiten am effizientesten einsetzen können, wie viel an Krankenkosten für sie anfallen und wie sie sich am

besten gesund erhalten. Und sie werden v.a. wissen, wie Entscheidungen in der Politik zustande kommen, weil sie diese in ständigem Austausch mit der Politik durch Bürgerbefragungen selbst getroffen haben.

Die Stadt der im wahrsten Sinn „selbst-bewussten“ Bürgerinnen und Bürger ist das Ziel und die Chance für unsere urbane Gesellschaft.

Stadtpolitik zwischen konservativ und liberal

Freiräume und Haftung als Grundlagen bürgerlicher Stadtpolitik

Christian Moser

Durch die relative Größe Wiens im Vergleich zu anderen österreichischen Städten und Ballungsräumen sowie seiner Sonderstellung als Bundeshauptstadt käme Wien eine exponierte Stellung als gesellschaftlicher Innovator zu – möchte man meinen. Doch durch die Behäbigkeit der rot-grünen Koalitionsregierung sind mittlerweile Städte wie Graz oder Innsbruck mit ihren bürgerlichen Regierungen viel eher Triebkräfte für progressive wie auch innovative Stadtpolitik und auf der Überholspur, während Wien in zahlreichen internationalen Rankings zurückfällt. Außer willkürlichen Gebührenerhöhungen und skurrilen bzw. vielfach belächelten „volkserzieherischen“ Einrichtungen wie WasteWatcher, Schul-Sheriffs, Fahrradbeauftragten und Gemeindebaume-diatoren verwaltet Wien v.a. seinen eigenen Stillstand.

Rekurs auf bürgerliche Tugenden

Um diesem schleichenden Abstieg entgegenzuwirken, wäre ein Rekurs auf bürgerliche Tugenden notwendig. Denn die rot-grüne Stadtregierung profitierte trotz ihrer Versäumnisse sehr lange von der relativen Zahnlosigkeit der Wiener Opposition. Aber mit dem neuen Spitzenkandidaten Manfred Juraczka besinnt sich die Wiener ÖVP wieder auf klassisch bürgerliche Themen; das erfolglose Schielen auf vermeintlich trendige Lifestylethemen oder das Andocken an FPÖ-Positionen hat sich a posteriori als nicht zielführend erwiesen. Der mündige Bürger erwartet sich von bürgerlicher Stadtpolitik keine verkehrsberuhigten Zonen, rundum versorgte Bürger oder eine übertriebene Rechts- und Ordnungspolitik, sondern Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben. Und diesen Spagat hat der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl bereits erfolgreich geschafft. Nagl verband geschickt

wirtschaftspolitischen Liberalismus mit gesellschaftspolitischem Konservatismus und ist heute österreichweit Vorbild für bürgerliche Stadtpolitik.

Bürgerliche Stadtpolitik muss zuerst bei einem einwandfreien Amtsverständnis ansetzen – da Glaubwürdigkeit beim Wähler nur durch ein demütiges, bescheidenes und selbstreflexives Handeln entsteht. Individuelle Verfehlungen und Korruption müssen mit Amtsenthebung und strafrechtlicher Verfolgung geahndet werden und dürfen nicht mehr als Kavaliersdelikte bzw. Gewohnheitsrecht durchgehen. Diese moralische und strafrechtliche Selbstverpflichtung steht am Beginn jeder Politik – Eigenverantwortung bedeutet, dass jeder Mandatar für seine Taten strafrechtlich einsteht.¹ Darauf baut das Prinzip der Haftung auf. Diese muss gleichermaßen für den Finanzsektor, für staatliche wie für private Unternehmen gelten. Nicht durch rhetorische Nebelgranaten wie Corporate Social Responsibility, lediglich durch eine konsequente Befolgung der privaten Haftungspflicht kann das Vertrauen der Wähler in die Politik zurückgewonnen werden, eben weil eine konsequent exekutierte Haftung für die Marktwirtschaft sowie das Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Institutionen konstitutiv sind: Wer auf Gewinne spekuliert, muss auch für Verluste haften. Kameralistische Unsinnigkeiten wie das Cross-Border-Leasing sind zu überdenken. Wer Chancen sucht, muss auch Risiken tragen. Walter Eucken, der Vordenker der ordoliberalen Freiburger Schule und Gründervater der deutschen Sozialen Marktwirtschaft, formulierte in seinem Lehrbuch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“: „Investitionen werden um so sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet.“ Und weiter schrieb Eucken: „Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten. Nur bei fehlender Haftung kommt es zu

¹ Die Notwendigkeit eines Ehrenkodex lässt sich auf die mangelnde Beherzigung des Subsidiaritätsgrundsatzes in der heimischen Politik zurückführen, welcher in den vergangenen 40 Jahren vonseiten des Staates (Kreisky-Denken: vollversorgte Bürger von der Wiege bis zur Bahre) forciert wurde und zu einem Verkümmern des Altruismus und einem mangelnden Unrechtsbewusstsein geführt hat. Die Menschen haben verlernt, eigenverantwortlich zu handeln bzw. die Konsequenzen für ihr Handeln zu tragen und delegieren persönliche Verantwortung an die Bürokratie oder den Staat.

Exzessen und Zügellosigkeit.“ Der gleiche Grundsatz hat auch bei Investitionen zu gelten: Schulbauten, Autobahnbauten, Tunnelprojekte, Infrastrukturprojekte etc. haben ausschließlich nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit und der Haftung geprüft wie auch umgesetzt zu werden.

Private Haftung stärken

Nur eine Verstärkung der Haftung im Finanzsektor wird künftig politisch und wirtschaftlich unverantwortliches Verhalten zügeln. Das gilt für Politiker, die durch das Kreisky'sche Vermächtnis des Deficit Spending sorglosen Umgang mit Staatsgeldern seit Jahrzehnten kultivierten und dadurch Demokratie gefährdende Staatsdefizite angehäuft haben. Das gilt ebenso für Banken und Unternehmen (wie Opel, Konsum, BAWAG, Hypo Alpe Adria etc.), die keine Bestandsgarantie haben dürfen, wie auch für einzelne Manager, die übermäßige Risiken eingehen. Gerade liberal-konservative Ökonomen und Politiker wünschen sich Reformen der Bankenregulierung, um die Marktordnung wiederherzustellen. Die nach dem „Too big to fail“-Credo mit Steuergeldern geretteten Banken haben mit Sozialer Marktwirtschaft – verstanden als Wirtschaftssystem, das auf privaten Eigentumsrechten und privater Haftung basiert – nichts zu tun. Die Politik hat aus der Wirtschaftskrise Konsequenzen zu ziehen, um den Vertrauensverlust beim Bürger aufzuhalten. Künftig wird die Stärkung der privaten Haftung der einzig legitime anreizkompatible Weg der Regulierung sein, der eine Einmischung des Staates in die Geschäfts- und Kreditpolitik der Banken vermeidet, aber ebenso künftige Erpressung durch quasi-bankrotte Banken wie nach der Weltwirtschaftskrise. Würde dieses Haftungsprinzip Grundlage jeder Politik, ergäbe sich daraus eine ordnungspolitische Revolution: Die Ohnmacht des Staates, der sich in der Not zur Rettung gezwungen sieht, würde einer tatsächlichen Stärke, die Hilfesuche abzulehnen und private Finanzhasardeure nicht mit Steuergeld zu stützen, weichen.

Handlungsfelder Einwanderung, Bildung, Wachstum

Neben diesen beiden grundsatzpolitischen Richtlinien muss sich Stadtpolitik meines Erachtens in den nächsten zehn Jahren vorrangig den Themenkomplexen Einwanderung, Bildung und Standort/Wirtschaftspolitik widmen. Migration als Thema nicht nur aufgrund der Tatsache, dass in Wien jedes dritte bzw. in den Bundesländern jedes fünfte Kind Wurzeln fremder Herkunft hat, sondern auch als Zeichen und Signal, dass bürgerliche Stadtpolitik den Talenten jedes Einzelnen vertraut und nicht auf Herkunft oder Abstammung abzielt. Es war ein demokratiepolitischer Skandal, als der JVP-Salzburg-Vorsitzende Asdin El Habbasi, ein praktizierender Muslim, mit Amtsantritt in Internetforen persönlich beleidigt wurde. Grund der Hass-E-Mails war, dass ihm vorgehalten wurde, dass er als Muslim nicht für eine christdemokratische Partei kandidieren dürfe. Warum nicht? Liberal-konservative Politik ist wertegeleitete Politik, die für alle Bürger – gleich welcher Konfession, ob agnostisch oder gläubig, gleich welchen Migrationshintergrundes – offensteht. Speziell in jüngeren Alterskohorten und städtischen Ballungsräumen hat die ÖVP mittlerweile eine multiethnische Funktionärsschicht und damit eine klare Antwort auf ihren Anspruch, eine Volkspartei sein zu wollen, gegeben.

Zweiter Schwerpunkt muss die Bildungspolitik sein: Die ÖVP ist heute die einzige Partei, die im Bildungssystem für die Begriffe Leistung und Differenzierung nach Talenten steht. Bei der aktuellen Diskussion um die Zentralmatura mit der weiteren Absenkung des Niveaus und Streichung bisher im Curriculum enthaltener Rechnungsarten zeigt sich eindeutig, welche verheerenden Auswirkungen das egalitäre pädagogische Denken mittlerweile auf das österreichische Bildungssystem hat. Quantitative Ausweitung von Absolventenzahlen bei gleichzeitiger Senkung der Standards und Kenntnisse; die seit 1968 hegemoniale Kuschelpädagogik, die Kindern nichts abverlangt und Schulen in Verwahrungsanstalten statt Lehrstätten verwandelt hat, muss wieder aktiv aus einem konservativen Pädagogikverständnis heraus

problematisiert und verändert werden. Die Geringschätzung von Handwerk und technischer Intelligenz, eine Pädagogik, die Talente nivelliert und sich nur am Gruppenschwächsten und an Minderheiten orientiert, sowie die geistige Unterforderung der Lernwilligen berauben Österreichs Jugend ihrer Zukunft. Die Produktion von Mittelmaß ist kein gangbarer Weg für hochkompetitive Volkswirtschaften. Bürgerliche Pädagogik baut auf der Annahme auf, dass Kinder gerne lernen und jeder, gleich welcher Herkunft und welchen Geschlechts, optimal gefördert werden muss. Das bürgerliche „Jedem das Seine“ bedingt eben ein anderes Menschenbild als das sozialistisch egalitäre „Jedem das Gleiche“. Denn wenn jeder Schüler gleich wenig lernt, und das scheint das Ziel grüner Pädagogik zu sein, wissen in Zukunft alle zu wenig.

Auf das Individuum vertrauen

Das selbstgenügsame Verharren im Durchschnittlichen wird auch in der Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik Wiens offensichtlich. Eine zukunftsorientierte Stadtpolitik widmet sich als Antipode dazu aktiv der Reindustrialisierung der Ballungsräume, schützt und fördert das produzierende Gewerbe bzw. weiß, dass allein mit dem Dienstleistungssektor noch kein Mehrwert und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erwirtschaften ist. Grüne Euphemismen wie Nullwachstum können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Geld für Sozialleistungen erst einmal erwirtschaftet werden muss, bevor es umverteilt werden kann. Liberalkonservative Wirtschaftspolitik vertraut hingegen auf nachhaltiges Wachstum und weiß, dass Lohnarbeit und Vollbeschäftigung immer noch die besten Garanten für die Sicherung der Sozialsysteme und die weitere Sicherung des Umlageverfahrens sind. Neben unterschiedlichen Wachstumsphilosophien hat bürgerliche Stadtentwicklung aber noch ein weiteres Alleinstellungsmerkmal, das künftig aktiv kommuniziert werden muss: Nur sie vertraut auf die Stärke des Individuums. Auf die Realpolitik umgemünzt heißt das, nur sie setzt sich entschieden dafür ein, dass der Unternehmer selbstständig Öffnungszeiten

festlegen darf und bei Öffnungszeiten nicht Bittsteller der Bürokratie sein muss. Österreich braucht endlich wieder eine offensive Auseinandersetzung mit dem Thema Stadt. Urbanität heißt eben nicht, verkehrsberuhigte Zonen zu schaffen, den Bürgern mit grünem Puritanismus durch Vorschriften, Strafgebühren sowie Gender- und Migrationsbeauftragte den Alltag noch mehr zu bürokratisieren oder sich wegen des sauren Regens unseres Jahrzehnts, dem Feinstaub, den Caffè Latte vermiesen zu lassen, sondern Freiräume für die Leistungsbereiten zu schaffen. Eine solche Politik vermögen weder Sozialdemokraten noch Grüne in Österreichs Städten umzusetzen, jetzt liegt es an der ÖVP, dieses städtische Brachland mit Leben zu erfüllen.

Literatur

Eucken, W. (2004):

Grundsätze der Wirtschaftspolitik.

Stuttgart: UTB

Kinzel, T. (2011):

Konservative Theorie – konservative Praxis: Bildungspolitik.

In Moser, C. (Hrsg.): Konservative Korrekturen.

Wien: edition noir

Stadt zwischen Tradition und Moderne

Im Spannungsfeld einer Kulturmetropole am Bodensee

Markus Linhart

Manchmal eröffnet die Betrachtung eines kleinen Bildausschnittes eine große Perspektive. Während das Bregenzer Rathaus Ende des Zweiten Weltkrieges von den Bomben der Alliierten verschont blieb, wurden große Teile der Innenstadt zerstört. Wer im Mai 1945 im Bürgermeisterzimmer aus dem Fenster auf das Trümmerfeld blickte, brauchte Mut, aber auch die Zuversicht, dass von nun an alles besser werden würde.

Mut und Zuversicht sind sehr praktikable Tugenden. In der Nachkriegszeit halfen sie, den Wiederaufbau als Herausforderung und als Chance zu sehen – als die Chance, neue Wege zu gehen. Und weil neue Wege – etwa in der Baukunst – tatsächlich erst dadurch entstehen, dass man sie geht, wurde trotz des kleinstädtischen Charakters von Bregenz fortan nicht nur auf traditionelle Architektur gesetzt, sondern auch auf moderne Urbanität.

Dieser Trend hält bis heute an. Das zeigt sich in der jüngeren Stadtgeschichte z.B. durch Bauten von Hans Hollein, Jean Nouvel oder Peter Zumthor und findet schon bald einen neuen Höhepunkt in der „Seestadt“ und im „Seequartier“, die demnächst auf einer Gesamtfläche von rund 28.000 m² in Innenstadtlage entstehen werden.

Mut und Zuversicht sind aber auch dann gute Lebensbegleiter, wenn es darum geht, die kulturelle Entwicklung einer Stadt voranzutreiben. Dass Bregenz heute im Bewusstsein der Menschen als international bekannte Kulturstadt verankert ist, wurde uns nicht einfach in den Schoß gelegt.

Zugegeben: Was den Reiz der Region rund um den Bodensee angeht, haben es sozusagen „höhere Mächte“ sehr gut mit uns gemeint. Tatsächlich ist die Schönheit der Landschaft im Laufe der Geschichte von vielen Malern, Dichtern und Denkern in bunten Farben und klangvollen Worten dargestellt worden. Der irische Mönch Kolumban etwa wählte im Jahr 612 für die Beschreibung von Bregenz den Begriff „aurea conca“ – „goldene Schale“.

Doch diese Natur haben wir uns nicht verdienen müssen. Die Lage zwischen dem Pfänder als höchster Erhebung am Bodensee und dessen Ufer ist zwar ein Alleinstellungsmerkmal. Aber diese „Unique Selling Proposition“, diesen Konkurrenzvorteil haben schon die Kelten, Römer, Alemannen und alle anderen, die hierhergekommen sind und sich am See niedergelassen haben, vorgefunden und für sich genutzt.

Sehnsucht nach Zukunft

Mut, Zuversicht und Engagement hingegen waren nötig, als 1946 – nur ein Jahr nach Kriegsende – eine völlige kulturelle Neuausrichtung von Bregenz stattfand: die Gründung der Bregenzer Festspiele. Niemand kann um eine Kurve schauen, wohl aber um eine Ecke denken. Weitblick zu haben heißt nicht, etwas ganz konkret mit den eigenen Sinnen zu erfassen, sondern fähig zu sein, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie etwas bei Schaffung entsprechender Voraussetzungen später einmal sein könnte.

Der französische Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry sagte einmal: „Wer ein Schiff bauen möchte, sollte nicht als Erstes Holz und Werkzeuge beschaffen, sondern in den Menschen die Sehnsucht nach dem weiten Meer wecken.“ Man kann sagen, dass jene Bregenzer, die dieses Festival vor nunmehr 66 Jahren mit „Bastien und Bastienne“ von Wolfgang Amadeus Mozart auf dem See ins Leben gerufen haben, von genau dieser Sehnsucht ergriffen waren.

In einer Zeit, in der die Bevölkerung v.a. daran dachte, existenzielle Bedürfnisse zu stillen, also etwa eine einfache tägliche Mahlzeit zu besorgen, machten sich einige wenige mit Enthusiasmus daran, inmitten all der Entbehrungen auch den Grundstein für eine andere Form von Nahrung zu legen – für eine schöngeistige, die Herz und Seele erfreut. Heute weiß man, welcher unschätzbare Wert damit für die Stadt und das ganze Land erbracht wurde.

Seit damals hat sich in Bregenz vor der Naturkulisse des Bodensees Bemerkenswertes getan. Im Zeitraffer: 1979 wurde die bis heute größte Seebühne der Welt in Betrieb genommen. 1980 erfolgte die Eröffnung des Festspielhauses, das erstmals 1997 erweitert und dann 2005 saniert und umgebaut wurde. Es ist derzeit das modernste Veranstaltungszentrum zwischen München und Zürich.

Und die Katalysator-Wirkung der Festspiele übertraf und übertrifft selbst den größten Optimismus ihrer Gründerväter bei Weitem – sei es im infrastrukturellen oder im programmatischen Bereich. So z.B. entstand am Kornmarkt mit dem Kunsthaus, dem Landestheater und dem neuen Vorarlberg Museum ein weiterer attraktiver Kulturbezirk.

Neben Opern und Operetten findet man in Bregenz viele Facetten der Kunst: Musicals, Ballettabende, Theateraufführungen, Konzerte, Ausstellungen, Kabarett etc., die ein eigenständiges internationales Renommee gewonnen haben, wie z.B. der „Bregenzer Frühling“, die „Bregenzer Meisterkonzerte“, das „Magazin4“ und andere.

Rund 700 Veranstaltungen pro Jahr, bei denen sich der Bogen von klassisch über zeitgenössisch bis avantgardistisch spannt, bedeuten eine kulturelle Vielfalt und Abwechslung, wie sie andernorts nur viel größeren Gemeinwesen vorbehalten sind. Und es verbindet sich in faszinierender Weise das eine mit dem anderen – landschaftliches Grün mit städtischem Raum, Idylle mit Urbanität, Kleines mit Großem.

Gesellschaftliche Umwegrentabilität

Der bereits erwähnte Antoine de Saint-Exupéry lässt in seinem bekanntesten Werk, „Der kleine Prinz“, den schlauen Fuchs sagen: „Das Wesentliche ist für die Augen nicht sichtbar, denn man sieht nur mit dem Herzen wirklich gut.“ Kultur in Bregenz bedeutet weder vorder- noch hintergründig Massenunterhaltung. Der Erfolg gehört zwar, wie ein Sprichwort besagt, immer denjenigen, die ihn haben. Er lässt sich aber nicht ausschließlich an den Zahlen in Statistiken, Bilanzen oder Rechnungsabschlüssen messen, sondern mindestens so sehr an dem, was man „gesellschaftliche Umwegrentabilität“ nennen könnte.

Mahatma Gandhi hat dem Menschen den weisen Satz mit auf den Weg gegeben: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir für diese Welt wünschst!“ Kultur in Bregenz – und hier schließt sich der Kreis zwischen Tradition und Moderne in idealtypischer Weise – ist nämlich auch oder gerade durch ihre besondere inhaltliche Ausrichtung geprägt. Auch dazu gehört Mut, v.a. dann, wenn es sich um unkonventionelle künstlerische Ausprägungen handelt, wenn sich die Kunst also traut, mehr als nur „brav“ zu sein.

Beispiele für umstrittene Projekte waren die im Rahmen von „Kunst in der Stadt“ gezeigten Sommerausstellungen „Audio Arts“ 1998 oder „Love“ 2003, bei denen es um verschiedene Geräuschkulissen im Stadtgebiet oder um die Darstellung freizügiger Motive ging. Diese Veranstaltungen riefen sowohl Zuspruch als auch Protestverhalten hervor, v.a. aber lösten sie öffentliche Diskussionen aus und haben allein dadurch in den Köpfen der Menschen viel bewegt.

Und das ist der springende Punkt. Im Gegensatz zur klassischen verlangt die moderne Kunst eine spezielle Streitkultur, denn so unterschiedlich wie die Menschen selbst sind auch deren Zugänge zum Thema „Kunst“ und die Meinungen darüber. Wenn ein Kunstwerk das Zusammenleben in einer Stadt bereichert, kann dann ein anderes Kunstwerk eben dieses Zusammenleben auch stören?

Dahinter steht jene Erwartung, die man an ein Kunstwerk immer richten darf, nämlich die Erwartung, dass es von sich reden macht, zu Diskussionen, ja Kontroversen anregt – ob in Fachkreisen, in den Medien oder bei den zahlreichen Konsumentinnen und Konsumenten. Das ist bereits ein Teil des Erfolges von Kunst.

Mehr am See

Diesem Anspruch werden, um nur zwei Beispiele zu nennen, auch die aktuellen Festspielproduktionen des Jahres 2012, Umberto Giordanos Oper „André Chénier“ auf der Seebühne und die Oper „Solaris“ von Detlev Glanert nach einem Roman des Science-Fiction-Autors Stanislaw Lem im Festspielhaus, gerecht.

Bei beiden geht es u.a. um die moralische Verantwortung des Menschen für sein Tun, die Erinnerung an vergangene Schuld und den richtigen Umgang damit. Wie die meisten Kulturproduktionen in Bregenz sind auch die genannten Vorstellungen mehr als nur spektakuläre Inszenierungen. Dahinter steht das Bemühen, gesellschaftliche Botschaften zu vermitteln. Auch diesbezüglich wird Bregenz seinem vom Stadtmarketing entwickelten Etikett „Das Mehr am See“ durchaus gerecht.

Diese gesellschaftlichen Botschaften richten sich an jene Menschen aus nah und fern, die das Besondere erkennen und genießen – Menschen, die Fragen aufwerfen, die offen sind für Neues und sich bei der Suche nach Antworten gerne inspirieren lassen. Diesen Menschen ist aber auch bewusst, dass die Vergangenheit und mit ihr das Alte, Gewesene für das Heute und Morgen eine Bedeutung und einen Sinn haben.

Netzwerk Stadt

Urbanes Zusammenleben in einer internationalen, interkulturellen und integrativen Stadtgesellschaft

Wolfgang Schuster

Unsere Städte sind keine Inseln. Sie werden im 21. Jahrhundert immer enger verflochten sein mit regionalen, nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungen. Deshalb haben wir nur gute Zukunftschancen, wenn wir uns aktiv innerhalb der Stadt sowie mit allen politischen Ebenen, mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vernetzen. Auch in Europa sollten wir auf der Grundlage verbindlicher Netzwerke enger zusammenarbeiten zur Umsetzung der Europa-2020-Strategie. Im Sinne eines „Regierens in Partnerschaft“ gilt es, in horizontalen und vertikalen Kooperationen sowie mit der regionalen, nationalen und europäischen Ebene zusammenzuwirken. Dadurch kann Europa von unten zusammenwachsen und wir gemeinsam erfolgreicher im globalen Wettbewerb vorankommen.

Ob in Wien oder in Stuttgart, wir stehen heute vor den gleichen Herausforderungen durch die bekannten Megatrends: Globalisierung der Wirtschaft, der demografische Wandel, der technologische Fortschritt und der Wertewandel. Lassen Sie mich dazu einige Lösungsansätze in fünf Thesen formulieren:

These 1: Städte müssen auf dem Globus sichtbar sein!

Im globalen Standortwettbewerb geht es um qualitative wie quantitative Faktoren. Wir können nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns vor Ort intelligent vernetzen, Cluster bilden und dieses als besonderes Profil sichtbar machen. Zugleich müssen wir quantitativ auf der globalen Landkarte erscheinen. Dies ist nicht leicht für eine Stadt wie Stuttgart mit rund 600.000 Einwohnern. Deshalb haben wir uns in der Metropolregion Stuttgart mit rund 3,5 Millionen Einwohnern zusammengefunden,

um gemeinsam unser Profil zu schärfen und nach außen zu vermarkten.

Zu diesem Profil tragen vier Aufgabenfelder besonders bei:

- **Wettbewerbsfähige High-Tech-Region:**
Stuttgart positioniert sich weltweit v.a. als das führende Kompetenzzentrum für Mobilität.
- **Demografische Wende:**
Stuttgart profiliert sich als kinderfreundliche Großstadt in Europa.
- **Willkommenskultur:**
Stuttgart nutzt seine Attraktivität, um als internationale Stadt Hochbegabte aus aller Welt zu gewinnen.
- **Verantwortung über die Stadtgrenzen hinaus:**
Stuttgart setzt sich als eine Gewinnerin der Globalisierung für faire, gerechte globale Entwicklungen ein.

These 2: Städte müssen ihre Stärken entwickeln!

Wir sind das führende Kompetenzzentrum für Mobilität weltweit. Schon heute finden sich in allen Städten der Welt Produkte, die aus Stuttgart stammen. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern. Auf dem Markt konkurrierender Angebote von Wirtschaftsstandorten müssen wir dieses Alleinstellungsmerkmal offensiv und attraktiv spielen.

Unsere Leuchttürme sind die neue Mercedes-Benz Welt, das Porsche-Museum und ein Mobilitätserlebniszentrum, das an einem Verkehrsknotenpunkt Stuttgarts positioniert werden soll. Ein „Marketing-Instrument“ besonderer Art sind internationale Netzwerke. Für den Bereich der Mobilität setze ich auf das weltweite Netzwerk „Cities for Mobility“, dem mittlerweile über 600 Städte und Metropolregionen aus 83 Ländern angehören. Wir bringen so Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft mit unserer eigenen Kompetenz zusammen und bauen Stuttgart zu einem zentralen Ort des Know-how-Transfers aus.

Zugleich bemühen wir uns, dass die besondere Qualität unserer Stadt hinter diesem Profil sichtbar wird. Unser Ziel ist eine lebendige, grüne, urbane Stadt mit einem Klima der Offenheit, das hilft, innovative Bauherren, begabte junge Menschen und kompetente Fachkräfte zu gewinnen, die mit ihren Familien auch gerne in Stuttgart leben.

These 3: Die Zukunft unserer Städte liegt in den „drei I“ – Integration, Interkultur und Internationalität!

Solange unsere Städte als attraktiv wahrgenommen werden – und das Gegenteil können wir uns nicht wünschen –, werden unsere Städte immer internationaler und interkultureller. So leben in Stuttgart Mitbürgerinnen und -bürger aus 170 Nationen, die über 100 Sprachen sprechen. Als ein „Mikrokosmos der Vereinten Nationen“ leben wir gut, tolerant und friedlich zusammen und betrachten kulturelle Vielfalt als Bereicherung und als Quelle für Kreativität.

Eine solche sich integrierende Stadtgesellschaft ist eine schlichte Grundvoraussetzung für die Zukunft jedes Gemeinwesens. Eine Stadt hat nur dann eine Zukunft, wenn sich ihre Bürgerinnen und Bürger mit ihr identifizieren, wenn sie die Stadt als ihre Stadt ansehen. Im Übrigen sollten wir nicht vergessen: Wie würden unsere Städte heute aussehen, wenn z.B. in Stuttgart oder in Frankfurt am Main 40% unserer Bevölkerung in ihre Heimatländer zurückkehren würden oder wenn von den wenigen Kindern in unserer Stadt die Hälfte nicht mehr da wäre? Wer würde mit dafür garantieren, dass wir wirtschaftlich auch künftig weltweit eine Spitzenposition halten?

Auch angesichts der Überalterung der deutschen Gesellschaft brauchen wir künftig in hohem Maße Einwanderer, um die Entwicklung zu einem „Altersheim“ stoppen oder doch kreativ steuern zu können.

In einer internationalen Stadtgesellschaft ist Integration eine Aufgabe für alle. Deshalb haben wir auch kein theoretisches „Konzept“ der Integrationspolitik vorgelegt, sondern gemeinsam mit allen Beteiligten ein „Bündnis für Integration“ geschmiedet.

Die Herkunft, die Religion, die Hautfarbe oder die Farbe des Passes ist nicht ausschlaggebend, sondern die Frage, was die Einzelnen mit ihren Talenten, Begabungen und ihrem kulturellen Reichtum in die Stadtgesellschaft einbringen können und wollen. Deshalb gilt: „Wir sind alle Stuttgarter“. Notwendig dabei ist, dass neben der jeweiligen Muttersprache alle die deutsche Sprache beherrschen. Sprache ist der Schlüssel für die Teilhabe in einer Gemeinschaft. Die Kinder lernen Deutsch kinderleicht in unseren Kitas. Wir bemühen uns intensiv um Chancengerechtigkeit in Schulen, um berufliche Ausbildung und um politische Partizipation. Wichtig ist auch die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung, um für die Bürgerinnen und Bürger sowie die internationalen Unternehmen einen möglichst guten Service anbieten zu können. Deshalb wollen wir auch mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung bei uns gewinnen.

These 4: Die Städte müssen auf einen fairen Generationenvertrag setzen!

Das Jahr 2012 ist das europäische Jahr für „Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“. Allerdings zeigen die Schuldenkrise sowie die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa, dass wir nur wenig Solidarität der Generationen praktisch leben.

Bereits vor zehn Jahren habe ich deshalb die Stuttgarter Antwort auf die demografische Prognose auf die schlichte Formel gebracht: Wir wollen die kinderfreundlichste Großstadt sein – zumindest in Deutschland! Kinderfreundlichkeit muss zu einem Teil unserer politischen Kultur werden. Immer weniger junge Erwachsene entscheiden sich für Kinder. Deshalb gilt es, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Rahmenbedingungen zu

schaffen, damit sich wieder mehr junge Menschen für Kinder entscheiden. Ich habe dazu ein Arbeitsprogramm vorgelegt. Seine Kernziele sind:

- Jedem Kind soll eine Förderung und Bildung zuteil werden, die ihm faire Zukunftschancen eröffnen.
- Für unsere Kinder muss es Platz zum Wohnen und Freiräume zum Spielen geben.
- Für die Gesundheit und die Sicherheit unserer Kinder soll bestens gesorgt werden.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Kindern und Karriere soll gewährleistet sein.
- Das Miteinander der Generationen soll durch einen neuen Generationenvertrag vor Ort verbessert werden. Dazu gehört auch der konsequente Schuldenabbau. Heute hat jeder Stuttgarter noch rund 100 Euro Schulden und rund 10.000 Euro städtisches Vermögen.

These 5: Die Städte in Europa haben Verantwortung für die „Eine Welt“!

Schon heute wohnt mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten. Bis zum Jahr 2030 werden es zwei Drittel der Weltbevölkerung sein. Es liegt in unserem eigenen Interesse mitzuwirken, dass alle Städte eine lebenswerte Zukunft für ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen können.

Globalisierung bedeutet immer offenere Grenzen für Menschen, Technik, Waren und Dienstleistungen, aber auch für die Medien und ihre Werbebotschaften mit ihrer Vermittlung eines „Traums vom Glück“. Das helle Licht der Metropolen lockt die Menschen aus der sogenannten Dritten, Vierten und Fünften Welt nach Europa und Nordamerika. Dies wird so bleiben, solange die Träume vom Glück mit den Demokratien des Westens und damit persönlichen Freiheiten, hohen sozialen Standards, Arbeitsmöglichkeiten und persönlichen Entwicklungschancen verbunden sind. In Stuttgart haben wir deshalb unser „Bündnis für Integration“ um

die Stuttgarter Partnerschaft „Eine Welt“ erweitert. Die internationale Stadt Stuttgart will im global village sich für eine gerechtere Globalisierung einsetzen. Deshalb arbeiten in der Stuttgarter Partnerschaft „Eine Welt“ Bürgerinitiativen, gemeinnützige Organisationen, Kirchen, Schulen, Hochschulen und nicht zuletzt eine Reihe von Firmen mit.

Für uns Verantwortliche in den Städten bleibt es wichtig, als Brückenbauer zu wirken: Nach innen für eine integrative Stadtgesellschaft sowie nach außen als solidarische Kommune, um andere Städte zu unterstützen, v.a. durch Hilfe zur Selbsthilfe, z.B. mit Know-how beim Aufbau von kommunalen Strukturen.

Diese fünf Thesen mögen anregen, unsere Städte zukunftssicherer und lebenswerter zu machen. Dass wir in Stuttgart dabei auf dem richtigen Weg sind, zeigen immer wieder repräsentative Umfragen: Die Menschen leben im Vergleich zu den Bürgerinnen und Bürgern anderer Großstädte in Deutschland sehr gerne in Stuttgart.

Willkommen in der urbanen Zukunft!

Über neue urbane Milieus und ihre Anforderungen an eine Stadtpolitik

Paul Unterhuber und Rudolf Bretschneider

Wirtschaftsraum, Wohnraum, Erholungsmöglichkeiten, Begegnungszonen, Infrastruktur: Die Anforderungen an eine moderne Stadt sind so unterschiedlich wie die Milieus und sozialen Gruppen, die sie bevölkern. Der Anteil der städtischen Bevölkerung nimmt weltweit zu. Jeder zweite Erdenbürger lebt in einer Stadt – Tendenz steigend. Die Menschheitsgeschichte nimmt – trotz aller Kritik an den urbanen Ballungszentren und den Problemen, die darin erwachsen – die Gestalt einer städtisch geprägten, auf dichtem Raum konzentrierten Gemeinschaft an. Die Frage ist nicht mehr, was den Gegensatz zur Stadt ausmacht. Die Frage ist, welche Facetten und Entwicklungen die moderne Stadt und die Urbanisierung für den Menschen und sein Miteinander vorzeichnen und bereithalten.

Die globalen Entwicklungen sind vielfältig, dennoch sollen die Betrachtungen hauptsächlich auf Österreich und damit schwerpunktmäßig auf Wien beschränkt bleiben. Wien ist mit 1,7 Millionen Einwohnern eine Metropole – und stellt mit den Städten rund um das eigentliche Gemeindegebiet und über das Bundesland hinaus ein überragendes Gewicht in Österreich dar. Entwicklungen der Urbanisierung – sie betreffen zunehmend nicht nur den „Kern“ der Stadt, sondern beziehen die Rand- und Einzugsgebiete in einen größeren Kontext mit ein – haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlicher Weise in der österreichischen Hauptstadt abgebildet. Wohin werden die Trends der Zukunft weisen? Welche Herausforderungen bedeutet das für die Stadtplanung, das soziale Miteinander, die Politik? Wien ist anders – und trotzdem in vielen Aspekten mit den internationalen Trends vergleichbar.

Die urbane Zukunft ist „alt“

Unsere Gesellschaft altert. Die progressive Veränderung der Bevölkerungspyramide ist in vollem Gang. Die Zahl der älteren Mitbürger wächst, die kommenden Seniorengenerationen werden zudem wohlhabender, gesünder, aktiver und interessierter sein. Das hat Bedeutungen für den Wohnungsmarkt, für Lage und Ausstattung der Wohnungen, für soziale Versorgungsleistungen und das soziale Zusammensein ganz allgemein. Der öffentliche Raum – insbesondere in der Stadt – muss sich diesen neuen Gegebenheiten anpassen, die Auswirkungen auf den Verkehr und die Infrastruktur sind zu berücksichtigen. Ältere Menschen sind mobiler, aktiver, immer mehr am technischen Fortschritt beteiligt und werden in zunehmendem Maße auch eine wichtigere Rolle in der gesellschaftlichen Partizipation spielen. Freizeit und gesellschaftliches Engagement – mit einem wachsenden Teil aktiver politischer Initiative – werden von der älteren Generation mitgeprägt werden. Stadtplanung und -gestaltung werden dem Anspruch gerecht werden müssen, dieser wachsenden Gruppe an älteren Menschen ein geeignetes Lebensumfeld zu bieten.

Die urbane Zukunft braucht mehr Wohnraum

Die Zunahme von Einpersonen-Haushalten wird vielfache Folgen für den Wohnungsmarkt, Wohnungsausstattung und neue soziale Netzbildung haben. Nicht nur Witwer und Witwen tragen zur Quote der Single-Haushalte bei, sondern auch die Jungen, die Studenten, die Geschiedenen. Zudem wachsen immer mehr Kinder als Einzelkinder auf. Zudem steigen die Ansprüche im Bereich des Wohnens. Der vermehrte Haushaltsbesitz, die größere Wohnung, das verfügbare Haus führen zu einer bleibend starken Zentrierung auf das Leben im eigenen Heim („Privatisierung“). Wohnungen werden zum Refugium und zum Aktivitätszentrum, sie bieten Intimität, Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung. Nicht nur das Innere einer Wohnung wird wichtig, sondern auch grünes Am-

biente, Freizeitmöglichkeiten, Infrastruktur und Ausstattung einer Wohngegend. Die Wünsche kristallisieren sich auch anhand besonderer Interessen heraus. Wohnmodelle wie Wohngemeinschaften, abgeschlossene Bereiche zur Verwirklichung eigener Lebensstile, Ansprüche und Interessen werden zunehmen. Eine autofreie Wohnsiedlung, Rad-Citys oder Luxusanlagen für gehobene Ansprüche gehören heute bereits zum Repertoire einer modernen Stadt wie Wien.

Die urbane Zukunft ist pluralistisch

Der Zuzug von neuen Bevölkerungsgruppen – nicht nur nach Wien – hat einerseits zu einer Verjüngung geführt, andererseits auch zunehmend zu politischer Brisanz in einzelnen gesellschaftspolitischen Fragen. Die sichtbare Präsenz vieler Zuwanderer und die Politisierung einschlägiger Themen führen dazu, dass viele Befürchtungen und Ängste mit der Gegenwart dieser Bevölkerungsgruppen begründet werden. Die Rolle der Zuwanderer, Gastarbeiter und Migranten sowie die vielfältigen Fragen der Sozialisation und Integration werden in den Städten zu Projektfeldern außerordentlicher Wichtigkeit. Wien ist ein Beispiel von gelebter Integration über viele Jahrhunderte. Waren Anfang des 20. Jahrhunderts hauptsächlich Böhmen nach Wien gekommen, waren es in der Folge Ungarn, Einwanderer aus Ex-Jugoslawien, Einwanderer aus der Türkei. Tendenzen von Ghettoisierung oder Gruppierung der Einwanderer werden nicht aufzuhalten sein. Die Tendenz, sich in Vierteln mit Menschen gleicher Herkunft niederzulassen, ist sogar im Buch „Critical Mass“ von Philip Ball anschaulich dargestellt und sollte nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Wichtiger als die Problematik der Gruppierung von Einwanderern ist aber die Frage, wie durch ein Regelwerk auf das Einzelverhalten der Zuwanderer eingewirkt werden und es Bearbeitungsmechanismen und Einwirken auf Lösungen geben kann. Eine „Verbuntung“ der Gesellschaft wird ebenfalls wie die Tradition der Migration in Wien zur Tatsache.

Die urbane Zukunft bedeutet wechselseitige Anregung

Eine moderne Gesellschaft ist stets durch die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, das Nebeneinander unterschiedlicher Lebensstile und sozialer Lebenswelten gekennzeichnet. Die Versammlung sozialer Lebenswelten auf engstem Raum ist v.a. für eine (groß)städtische Gesellschaft kennzeichnend. Diese Stadtgesellschaften sind in ihrer Vielfalt heterogen, repräsentieren durch die Vielfalt an Lebenswelten, Religionen, Sprachen und Wissensrichtungen einen Zusammenstoß vieler Lebensrealitäten. Zusammenstoß und Konflikt sind seit jeher auch Quelle der Anregung und der Konfrontation mit neuen Einflüssen. In der Antike waren es die Agora oder das Forum, in den vergangenen Jahrhunderten zunehmend auch die Orte der Wissenschaft, die Universitäten. Städte erblühen dann, wenn es eine Vielzahl an Meinungen gibt und diese Vielzahl sich auch entlädt – ein gutes Beispiel ist der erbitterte Streit der psychoanalytischen Schulen im Wien an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Die Verdichtung der Kontakte im Ballungszentrum und das Klima der Begegnung sind urbane Phänomene – und üben einen nachhaltigen Reiz aus. Auch in Zukunft wird diese wechselseitige Anregung Kristallisationspunkt und Stimulation für Ideen und Konflikte sein. Nicht nur wissenschaftlich, sondern auch in der Politik und dem sozialen Zusammenleben.

Die urbane Zukunft wird eine „Liquid Democracy“

Der technische Fortschritt vermag in den Städten oft Pionierarbeit zu verrichten. In Zeiten weltumfassender Kommunikation und der vielfältigen Möglichkeiten werden nicht nur immer breitere Schichten Nutzer von neuen Medien und Techniken, auch der Einfluss auf die Stadt und die Partizipation der Bevölkerung lassen immer breiteren Raum zu. Regionale Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse werden schneller vonstatten gehen, Menschen werden auf andere Weise daran teilhaben und sich einbringen. Bereits jetzt sind E-Voting und Prozesse einer „Liquid Democracy“ über Versuchsstadien hinausgekommen und bieten

die Möglichkeit, auf regionaler Ebene mitzugestalten. Entscheidungsprozesse auf diese Weise transparenter und zugänglich für breite Schichten zu machen, lässt Spielräume in viele Richtungen offen. Die Bürgerbewegung unserer Tage rekrutiert sich bereits im Internet – ohne an Durchsetzungskraft zu verlieren. Eine Verflüssigung der bisher oft starren Strukturen wird dadurch zur Tagesordnung werden.

Die Wünsche an die Stadtpolitik sind vielfältig – ebenso wie die unterschiedlichen urbanen Milieus selbst. Der Anspruch, allen gerecht zu werden, wird die entscheidende Gratwanderung sein. Stadtpolitik muss diesen vielen Interessen Rechnung tragen, kann und muss aber ihrem Ziel gerecht werden, die Pionierarbeit voranzutreiben. Innovation, Reorganisation und Neukonzeption gesellschaftlichen Wandels beobachtet man an und durch Milieus in Städten am schnellsten, besten und vielfältigsten. Geben wir den Städten auch den hierfür notwendigen Spielraum!

Standortpotenziale europäischer Städte

Ökonomische Potenziale einer Stadtentwicklung

Silvia Stiller

Weltweit schreitet die Urbanisierung voran, sodass der Anteil der Weltbevölkerung, welcher zukünftig in Städten leben wird, sukzessive zunimmt. Die absolute Zahl dieser Menschen wird sich nach einer Prognose der United Nations in den nächsten vier Jahrzehnten verdoppeln: Während im Jahr 2010 noch etwa drei Milliarden Menschen in Städten lebten, könnten es im Jahr 2050 bereits mehr als sechs Milliarden sein. Die fortschreitende Urbanisierung steht in engem Zusammenhang damit, dass Städte weltweit Magneten für Zuwanderer sind. Dies lässt sich auch für die räumliche Entwicklung in Europa feststellen.

Dabei wird die zukünftige Entwicklung der europäischen Städte von einer Reihe vorhersehbarer Trends beeinflusst werden, welche die Rahmenbedingungen für die ökonomische Stadtentwicklung verändern. Hierzu zählen, neben der fortschreitenden Urbanisierung, der Bedeutungszuwachs wissensintensiver Wirtschaftszweige für die Entstehung von Arbeitsplätzen in Städten, demografische Veränderungen sowie die weitere Internationalisierung der Ökonomie und der Bevölkerung im Zuge der Zuwanderung von Menschen aus aller Welt.

Generell hängt die zukünftige ökonomische Entwicklung der europäischen Städte entscheidend davon ab, wie sie den ökonomischen Strukturwandel bewältigen werden. Im Verlauf der kommenden Jahrzehnte werden wissensintensive Dienstleistungsbranchen wie beispielsweise Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung, Medien- und Kulturwirtschaft sowie forschungsintensive Industrien weiter expandieren, während „schmutzige“ Industrien mehr und mehr aus dem Stadtbild verschwinden werden.

In der Tendenz eröffnet dieser Strukturwandel erhebliche Potenziale für die Stadtentwicklung und stärkt die Bedeutung der Städte als Impulsgeber für regionales Wachstum. Urbane Zentren bieten den Unternehmen der Wissenswirtschaft attraktive Standortbedingungen. Das Qualifikationsniveau der Stadtbevölkerung ist vergleichsweise hoch und Universitäten und Forschungseinrichtungen befinden sich überwiegend in Städten. Die räumliche Nähe von Unternehmen in Städten fördert zudem den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Menschen, was Innovationen und die Weiterentwicklung von Technologien forciert.

So lässt sich beispielsweise in Deutschland beobachten, dass die wirtschaftliche Entwicklung in zahlreichen deutschen Großstädten im letzten Jahrzehnt positiver verlief als im Bundesdurchschnitt. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass sich hier die wissensintensiven Wirtschaftszweige sehr dynamisch entwickelt haben.

Die Veränderung der Produktpalette und Arbeitsweise von Unternehmen – die zunehmend Dienstleistungen produzieren – stellt neue Herausforderungen an die Standortqualitäten der europäischen Städte. Sie stehen vor der Herausforderung, sich im Zeitalter der Wissensgesellschaft mit einem für qualifizierte Arbeitskräfte attraktiven Jobangebot und hochwertigen Lebensbedingungen zu präsentieren. Denn Firmen wählen ihre Standorte nicht mehr vorrangig nach traditionellen Standortfaktoren (z.B. niedrige Steuersätze, günstige Immobilienpreise), sondern zunehmend nach dem Vorhandensein kreativer Köpfe aus. Aufgrund der anstehenden wirtschaftsstrukturellen Veränderungen wird der Bedarf an (hoch) qualifizierten Arbeitskräften in den europäischen Städten weiter expandieren.

Deshalb sind jene Städte gut für die Zukunft aufgestellt, die eine günstige Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie eine gute Positionierung im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit und Bildung aufweisen, welche bedeutsame Standort-

faktoren für wissensintensiv produzierende Unternehmen sind. Außerdem steigen im Zuge der zunehmenden Internationalisierung der Arbeitsmärkte und der weltweiten Verflechtung von Wirtschaftsbeziehungen die Bedeutung der Internationalität von Städten sowie die Erreichbarkeit anderer Wirtschaftszentren.

Dabei stellen die aufgezeigten Trends die europäischen Städte vor neue Herausforderungen, die sie kreativ für eine positive Entwicklung nutzen können. Aufgrund des sich fortsetzenden wissensbasierten Strukturwandels werden Stadtentwicklung und -planung zukünftig mehr denn je in komplexe und dynamische Prozesse eingebunden sein. Dies stellt neue Herausforderungen an die Gestaltung von Stadtentwicklungspolitik.

Es sind innovative Ansätze gefragt, welche die Faktoren wissensbasierten Wachstums angemessen berücksichtigen. Die Veränderung der Produktpalette und Arbeitsweise von Unternehmen erfordert eine Abkehr vom Fokus auf Gewerbegebiete und Infrastruktur, die als Aspekte der Stadtentwicklung lange im Zentrum der Planung standen. Denn zahlreiche Städte verfügen bereits über das komplette Basis-Set an harten Standortfaktoren, welche grundlegend für die Ansiedlung von Industrieunternehmen sind.

Ein praxisrelevantes und zukunftsfähiges Konzept unter den Bedingungen des wissensbasierten Strukturwandels ist integrierte Stadtentwicklungspolitik. Entsprechende Konzepte zeichnen sich durch die Verknüpfung von Projektplanung, -umsetzung und -finanzierung, ressortübergreifende Kooperation und die Partizipation der Bevölkerung aus. Integrierte Projektentwicklung ermöglicht die Realisierung von Synergien durch die Bündelung von Know-how und Ressourcen.

Hierbei erfordert der wissensbasierte Strukturwandel Umdenken: Grundvoraussetzungen für kreative Stadtentwicklung sind ein reformfreundliches Klima und aufgeschlossene Haltung der Akteure, Fähigkeit und Wille zu Vernetzung und Ko-

operation, Formulierung individueller und angepasster strategischer Zielstellungen für jede Stadt sowie die Gestaltung eines eigenen Images.

Wie planbar ist Stadt?

Über die Zukunft von Stadt und Stadt-Planung

Kurt Puchinger

Bei der Frage „Wie planbar ist Stadt?“ handelt es sich um eine der am häufigsten gestellten Fragen, wenn es um das Thema Stadtentwicklung geht. Ich werde versuchen, vor dem Hintergrund meiner langjährigen Erfahrung ein paar Antworten zu geben.

Stadtentwicklungsprozess

Stadt als Siedlungsform ist das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen. Das wird auch in Zukunft so sein. Diese Entwicklungen stellen die Rahmenbedingungen für jegliche Planung dar. Ein Teil dieser Rahmenbedingungen kommt aus der Bundesverfassung, so z.B. der Schutz des Privateigentums, ein anderer Teil aus Landesgesetzen, wie z.B. der Wiener Bauordnung (WBO). Die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne „dienen der geordneten und nachhaltigen Gestaltung und Entwicklung des Stadtgebietes“ (§1 WBO), wobei aber kein Grundeigentümer verpflichtet ist, die darin vorgesehene Nutzung seiner Liegenschaft zu realisieren. Aus diesem Verhältnis zwischen privatem Eigentumsrecht und öffentlichem Planungsrecht, das nach der ständigen Rechtsprechung des österreichischen Bundesverfassungsgerichtshofs auch nicht verschränkt werden darf, etwa in Form „Städtebaulicher Verträge“, wie sie aus der deutschen Verfassungslage bekannt sind, lässt sich jedenfalls das Erfordernis eines sehr spezifischen Verständnisses von hoheitlicher Planung ableiten. Stadtplanung wird damit zu einer Aufgabe, auf Basis fachlicher Grundlagen, im Wesentlichen die Eigentümer zu motivieren, sich im Sinne der politischen Zielsetzungen an der Umsetzung der Planung zu beteiligen. Und deshalb sprechen wir heute lieber von einem Stadtentwicklungsprozess, der alle Interessenten mit einbezieht, als von Stadtplanung, einem his-

torischen Begriff, der immer noch Assoziationen in Richtung auf das Kaiser Franz Joseph'sche „Es ist mein Wille“ zulässt. Neben diesen rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es natürlich noch eine reale Entwicklung von sich ändernden gesellschaftlichen Bedürfnissen und Zielen. Mir ist keine ernst zu nehmende sozialwissenschaftliche Literatur bekannt, die der Stadtentwicklung eine völlig eigenständige Logik gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung attestiert. Stadt ist in dem Ausmaß planbar, wie Gesellschaft planbar ist oder, anders ausgedrückt, in der Stadt spiegeln sich die Kräfteverhältnisse zwischen Politik, Markt und Zivilgesellschaft in Form von physischen Strukturen wider.

Kunst des Möglichen

Wenn man also diese gesellschaftliche Entwicklungsdimension der Stadt als Ausgangshypothese akzeptieren kann, dann wird der Blick auf die Änderungen in der Gesellschaft zunehmend interessant. Man findet diese Änderungen z.B. ganz treffend im Bereich der Politikwissenschaft reflektiert, wo man heute zwangsläufig auf den Begriff von „governance“ bzw. „urban governance“ stößt. Urban Governance ist der in Politik und Wissenschaft derzeit übliche Begriff, um den Wandel in den Macht- und Lenkungsstrukturen der lokalen Ebene zu benennen, der im Wesentlichen darin besteht, dass Städte größere Projekte ohne private Partner kaum in Angriff nehmen können. Deshalb wird auch künftig, wie bisher, eine Hauptaufgabe der Stadtentwicklungspolitik darin bestehen, Projekte so zu gestalten und abzuwickeln, dass sie einer großen Mehrheit der Stadtbewohner zugute kommen und soziale Unterschiede möglichst weitgehend ausbalanciert werden können. Und dem entspricht genau der Wandel von der Stadtplanung zur Stadtentwicklung und zur Entwicklung von Projekten im Rahmen von kooperativen Governance-Strukturen. „Die Stadtplanung“ wird für dieses Praktizieren der „Kunst des Möglichen“ nicht selten heftig kritisiert, zumeist von den Teilen der Fachöffentlichkeit, die ihre Trauerarbeit über den Verlust von herrschaftlicher Dominanz einer „Stadtidee“ noch nicht abgeschlossen haben oder im Management von Abläufen, das den privaten Markt nutzt, um

öffentliche Interessen, öffentliche Ziele in die Realisierung zu bringen, eine völlige Beschädigung der reinen Lehre orten.

Idee von Stadt

Insbesondere im Zusammenhang mit Wettbewerben, vorrangig mit „städtebaulichen“ Architekturwettbewerben und den dazugehörigen fachlichen Juryentscheidungen – also im Zusammenhang mit punktuellen Projektentwicklungen –, gibt es aus der Szene immer wieder Feststellungen oder Behauptungen die planende Verwaltung betreffend, die – auf den ersten Blick – wenig schmeichelhaft erscheinen. Bleiben wir bei einer dieser Formulierungen stehen und schauen wir uns das z.B. genauer an: Es gibt in Wien keine „Stadtplanung“, es gibt keine „Idee“, keinen „Entwurf von Stadt“. Natürlich gibt es in Wien eine Stadtplanung: Es gibt einen Stadtentwicklungsplan, es gibt Stadtplanungsabteilungen, es gibt diesbezügliche Wettbewerbe und auch den 1. Teil der WBO mit dem expliziten Titel Stadtplanung. Nichts leichter, als angesichts solcher Beweislage festzustellen, die Behauptung ist falsch. Nur, diese Stadtplanung ist ja gar nicht gemeint, es ist diejenige unter Anführungszeichen gemeint, diejenige „Stadtplanung“ nämlich, die auf einer „Idee von Stadt“, also auf einem ideellen „Urbild“ von Stadt beruht, welches in die Welt der Sinne gleichsam erst zu übersetzen ist. Es geht also bei dieser „Stadtplanung“ um eine „Idee von Stadt“, die, indem sie Gestalt annimmt, zur Erfindung wird, zum „Entwurf“. Wenn wir das also richtig verstehen, so meint die genannte Behauptung, es gibt in Wien keine „Stadtplanung“, die darauf gerichtet ist, „Stadt neu zu erfinden“, „Stadt neu zu entwerfen“.

Kompakt, elegant, smart

Angesichts der bereits angesprochenen vielfältigen und komplexen gesellschaftlichen Widersprüche, angesichts der globalen Durchsetzung der Logiken der Kapitalverwertung kann man die Sehnsucht nach der Möglichkeit, Gesellschaft und damit Stadt in einem kreativen Prozess neu zu erfinden, gut verstehen. Nur

eine solche Sehnsucht als Aufgabe kommunaler Stadtplanung zu definieren, die einen Steuerungs- und nicht einen Erfindungsauftrag zu erfüllen hat, greift mehr in die Vergangenheit als in die Gegenwart und Zukunft. Aber was soll denn eigentlich gesteuert und gelenkt werden und wohin? Standort- und Siedlungsentwicklung scheinen mir die Schlüsselbegriffe zu sein. Standort- und Siedlungsentwicklung zu steuern und zu lenken bedeutet konkret: durch öffentliche Maßnahmen nicht öffentliche Investitionen, also Projekte, dorthin zu lenken, wo sie am meisten zur Zielerreichung beitragen, also Einfluss auf die Akteure des Marktes zu nehmen, ihre persönlichen oder betriebswirtschaftlichen Ziele im Rahmen der öffentlichen Planungsziele umzusetzen. Im Allgemeinen gelingt das dann gut, wenn die öffentliche Planung die potenzielle Reaktionsfähigkeit des Marktes auf ihre Festsetzungen als Kalkül in den Planungsprozess einbezieht. Unverzichtbar ist, die großen Linien zu thematisieren, in die Stadtentwicklungs-Diskussion zu bringen, in Arbeitsgrundlagen festzuschreiben und für die Kenntnisnahme seitens der Politik vorzubereiten sowie Projekte in diesem Rahmen in die Realisierung zu begleiten. Eine dieser großen Linien ist z.B. die „kompakte Stadt“ oder auch die „kompakte Agglomeration“, neuerlich auch die „elegante Stadt“ im Sinne von „smarten“ Lösungen im gesamten Energiehaushalt. Die Kombination von hochrangigem öffentlichen Verkehrssystem mit Anschlüssen an das hochrangige Straßennetz und die dadurch entstehenden Erreichbarkeitspotenziale von jeweils komplementären Standorten für jeweils spezifische Nachfrager aus der Welt der vernetzten Ökonomie und Gesellschaft schafft die idealen Voraussetzungen für die Entwicklung entsprechend dichter, kompakter und umweltfreundlicher Standortstrukturen. Die Bedienung der Nachfrage nach spezifischen Erreichbarkeiten innerhalb einer städtischen Agglomeration ist in einer Netzwerkgesellschaft das „Um und Auf“ einer modernen Standortpolitik. In diesem Handlungsfeld liegt die tatsächliche Stärke von Stadtentwicklungsplanung, wenn sie in der Lage ist, die entsprechenden Abstimmungen mit dem Liegenschaftssektor zu erreichen. Nichts ist unangenehmer für die Außenwirkung von Planung, als wenn die Bewältigung

dieser Schnittstelle auf Hindernisse stößt und ausgezeichnete Standortpotenziale durch marktfremde Ideologien oder traditionalistischen Lobbyismus in ihrer Realisierung behindert werden. Dies führt nicht nur zu stadtwirtschaftlich suboptimalen Rentabilitäten, sondern erhöht auch den Druck auf andere Flächen, die vielleicht besser für Erholungs- und Freiraumnutzungen bereitzuhalten wären.

Teil der gesellschaftlichen Realität

Der Weg von der Stadtplanung zur Stadtentwicklung ist mehr als ein „Abenteuer im Kopf“, ist schlichtweg nichts anderes, als vor dem Hintergrund der Realentwicklung der Gesellschaft diejenigen Wege zu suchen und zu finden, die notwendig sind, trotz immer enger werdender Spielräume den öffentlichen Interessen Geltung zu verschaffen. So gesehen ist Stadtentwicklung ein Produkt aus fachlichen und politischen, aus lokalen und regionalen, aus nationalen und europäischen Kalkülen. Die generellen Ziele und Qualitätsparameter der räumlichen Entwicklung sind die politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die jeweiligen „Realisierungscoalitionen“ gesucht werden müssen. Ohne Kommunikation über die fachlichen, die sektoralen und administrativen Grenzen der Agglomeration hinaus kann man nur wenig erreichen. Jeder Plan stellt, wenn Sie so wollen, in einer Momentaufnahme eine mögliche Lösung dar, und die Frage ist, ob das auch so erkennbar wird und erkannt wird. Mehr als eine solche Momentaufnahme ist ein Plan nicht und kann er in einer von Privateigentum und Marktwirtschaft dominierten demokratischen Gesellschaft auch nicht sein. Keine Idee, kein Plan verwirklicht sich von selbst, kein Stadtentwicklungsplan hat eine Existenzberechtigung, wenn er nicht geeignet ist, im täglichen Diskurs eine Rolle unter den vielen „Stakeholdern“ der Stadtentwicklung zu spielen, wenn er keinen Spielraum offen lässt, immer wieder neue Lösungen zu ermöglichen. Stadtentwicklung vollzieht sich nicht unter Laborbedingungen, sondern ist Teil der heterogenen gesellschaftlichen Realität, in der sich auch der Widerspruch zwischen öffentlichen und privaten Interessen manifestiert.

Das Geheimnis des Erfolgs der öffentlichen Planung liegt nicht in der Kultivierung dieses Widerspruchs, sondern darin, zielkonforme Angebote an die Menschen und an die Welt der privaten Investoren zu formulieren, die diesen, im Rahmen ihrer Prioritäten und Restriktionen, eine erfolgreiche Teilnahme am Prozess der Zielerreichung eröffnen.

Der Stadt-Raum der Zukunft

Begegnen, Einbinden und Partizipieren als urbane Prinzipien der Zukunft

Peter Pleschberger

Welcher Raum eignet sich – in einer Zeit der knapper werdenden Ressourcen – besser als Raum der Zukunft als das Wohn- und Lebensmodell „STADT“?

Welche Qualitäten muss das Leben in einer Stadt der Zukunft aufweisen, um als Lebensraum akzeptiert zu werden, der die Menschen einander begegnen lässt, die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unabhängig von allen Einordnungen in das urbane Leben einbindet und aneinander partizipieren lässt? Dazu drei Thesen.

These 1: Die Abwanderung der Bevölkerung aus dem urbanen Raum ist beendet. – Kehren die Menschen zum Wohlstand zurück?

Über viele Jahre wurde der urbane Lebensraum kritisch infrage gestellt. Wohnraum wurde zum Teil in Büroflächen umgewandelt – mit der Folge, dass in den Innenstädten die Bewohner wirksam reduziert wurden. Büroflächen versprachen höhere Mieten für die Anleger. Von den Nutzern der Büros – allesamt vermutete Mitglieder der Mittel- und Oberschicht – wurde eine hohe Kaufkraft erwartet und begünstigten Geschäftsansiedlungen. Ähnlich dem sogenannten „Schweinebaucheffekt“ wurde dieses Anlagemodell von vielen Investoren übernommen, ja zum Teil durch Maßnahmen der öffentlichen Hand nahezu „begünstigt“.

Weniger Vielfalt

In kleinen bis mittleren städtischen Kommunen wird man nun die Geister, die man gerufen hat, nicht mehr los: Ehemals gut

sortierte Einkaufsstraßen verkommen zu einer regionalen Ansammlung von Billigläden und in funktionierenden Geschäftslagen treffen die überregional agierenden Ketten für Bekleidung, Telekommunikation und Fast Food aufeinander. Das Modell der innerstädtischen Einkaufszentren kann zu einer Verödung angrenzender Geschäftslagen führen, wie die Beispiele Klagenfurt oder Leoben eindrucksvoll zeigen. Bezirkshauptstädte entledigen sich ihrer vormals funktionierenden Infrastruktur wirksam durch Fachmarktzentren und Gewerbegebiete in Ortsrandlagen.

In der Gesamtheit betrachtet führen diese Entwicklungen zu einer deutlichen Reduktion im Branchenmix, schränken die Vielfalt der dort beschäftigten Menschen und damit auch den möglichen Kreis der potenziellen Mietinteressenten bzw. der späteren Bewohner stark ein. Der in den vergangenen Jahrzehnten vielfach gelebte Wunsch nach „Einfamilienhaus im Grünen“ als individuelle Wohnform – mittlerweile als ineffizient und ökologisch kaum leistbare Variante des Wohnens erkannt – entstand im Grunde aus ganz anderen Motiven: Bauen auf dem Land bzw. in einer Umlandgemeinde war billiger, als den gestiegenen Raumbedarf der wachsenden Familien angemessen im städtischen Umfeld finanzieren zu können. Wie Umfragen in Deutschland zeigen (Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik), wählen städtische Bewohner mit freier Wahl ihres Wohnortes bevorzugt den bereits bisher bewohnten Stadtteil, während nur ein geringer Teil (< 10%) seinen Wohnsitz freiwillig ins Umland verlegen würde.

Das Verlangen nach Urbanität

Wenn negative Erscheinungen wie etwa ein steigendes Verkehrsaufkommen verbunden mit wachsender Umweltverschmutzung oder hohe Treibstoffkosten das tägliche Pendlerdasein der „Arbeitsnomaden“ erheblich belasten und mehr Probleme als Lösungen aufwerfen, gewinnen Arbeitsplätze mit geografischem Wohnortbezug zunehmend an Attraktivität. Wünsche an die Lebensqualität tragen immer öfter die Attribute „zentral“ / „nah“ / „kurz“ und lassen eine Abkehr von der Pendlergesellschaft er-

kennen. Nachdem sich die Mehrzahl der Arbeitsplätze in Städten oder deren Umfeld befinden, wird klar, warum seit einigen Jahren der überwiegende Teil der Bevölkerung im urbanen Raum den Lebensmittelpunkt wählt oder gewählt hat.

Menschen, die in der Stadt leben wollen, verlangen nach Urbanität: Urbanität bedeutet ein breites Angebot an Freizeitaktivitäten und Sportveranstaltungen, ein reichhaltiges kulturelles Angebot, eine vielfältige Gastronomie, Sehenswürdigkeiten, Erlebnis- und Erkundungsmöglichkeiten sowie ein hohes Maß an Aufgeschlossenheit und Toleranz in Bevölkerung und Gesellschaft.

Städtische Bewohner stammen – im Unterschied zu früher – vielfach aus Schichten, die eindeutig oberhalb der Wohlstandsschwelle angesiedelt sind, und zählen zumindest nicht zu den Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklung.

These 2: Arbeits- und Wohnumfeld bewegen sich aufeinander zu – das ist eine Herausforderung an Stadtentwicklung und Raumplanung für zeitgemäßen Wohnbau!

In einer Zeit, in der viele Menschen mit ihrer Tätigkeit dem Arbeitsumfeld der Wissens-, Informations- oder Dienstleistungsbranche angehören, bietet sich in neu entstehenden Stadtquartieren die Möglichkeit für Menschen unterschiedlichster Prägung – aber mit ähnlichen Lebensentwürfen –, ein urbanes Leben zu gestalten, das von Vielfalt, Toleranz und einem spezifischen sozialen Milieu getragen wird.

Gefördert wird eine derartige Entwicklung durch ein familien- und generationenfreundliches Angebot an Lebens- und Wohnraum: Ein großzügiges Angebot an öffentlichen Räumen, Veranstaltungsmöglichkeiten, Grünflächen, Infrastruktur, die für alle Altersgruppen einen regionalen Branchenmix der Einkaufsmöglichkeiten ebenso bietet, wie ein umfassendes Angebot an hausnahen Dienstleistungen.

Erfolgreiche Expertise

Eine besondere Aufgabenstellung kommt dabei den Kommunen im Allgemeinen und den Raum- und Stadtplanern im Besonderen zu. Lebenswerte Städte zeichnen sich vielfach durch eine hohe Qualität der Gestaltung der öffentlichen Plätze als Begegnungsräume aus. Interessante Initiativen werden oft schon deshalb lahmgelegt, weil diese von der falschen politischen Gruppierung ergriffen werden. Stadtplanung und Stadtentwicklung mit klaren Zielvorgaben in die Hände unabhängiger Experten gelegt, zeigen andersorts durchaus ansprechende Erfolge.

Wenn dabei auch die „Gewaltentrennung“ zwischen reiner Raumplanung und Stadtgestaltung einerseits bzw. ansprechender Architektur und operativer Planung andererseits gelingt, ist mit positiven Ergebnissen zu rechnen.

Während bei unseren deutschen Nachbarn ein positiv besetztes „Quartierdenken“ in Planung und Identifikation derartige Entwicklungen unterstützt (Beispiele: Hafencity in Hamburg, Gärtner- und Glockenbachviertel in München), fehlt es vielerorts an initiativen Ideen zu einer zeitgemäßen Stadtentwicklung. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Lebensentwurf der „Mehrkindfamilie“ nicht mehr im Mittelpunkt stehen kann. Die Mehrzahl der Haushalte (> 60%) umfasst nicht mehr als zwei Personen und gerade diese große Zielgruppe will in zentral - urbanen Lagen wohnen.

Mit Blick auf die Stadt Graz bietet sich gerade durch die Entwicklungsoption auf dem Areal der Reininghausgründe eine einzigartige Möglichkeit, nach vielen Jahren erstmals wieder einen neuen Stadtteil zu gestalten und dabei auf die klar erkennbaren Trends in der Bevölkerungsentwicklung zeitgemäß zu reagieren.

Was sind also die vornehmlichen Aufgaben einer zukunftsorientierten Stadt- und Raumplanung?

Die Gestaltung von flexiblem Wohnraum für generationenübergreifendes Wohnen ist durch neue Förderinstrumente zu unterstützen. Investitionsanreize für Anleger, z.B. durch Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten für die Schaffung von städtischem Wohnraum, gekoppelt mit Beschränkungen der Mietzinse und Entstehen leistbarer Wohnmöglichkeiten auch für finanziell beschränkte Bewohnergruppen sind notwendig.

Zentral ist auch die Schaffung und Gestaltung des öffentlichen Raums (Grünflächen, Plätze), damit dieser als Lebensraum für Bewohner erkenn- und nutzbar wird. Eine Verkehrsplanung, die alle Teilnehmer einbindet und entsprechend berücksichtigt und nicht je nach politischer Verantwortung eine bestimmte Klientel bevorzugt oder beschränkt, muss Vorrang haben. Dazu zählt u.a. die Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel, die alternative Transportwege (außerhalb des Individualverkehrs) attraktiver werden lassen. Die Verbindung mit Umlandgemeinden zur Schaffung einheitlicher Ver- und Entsorgungskonzepte ist sicherzustellen, soweit die Grenzen durch dichte Bebauung verschwimmen und eine Partnerschaft geografisch Sinn ergibt.

These 3: Lebensqualität für die Bewohner durch die Schaffung von gemeinschaftlichen Einrichtungen – das Dorf in der Stadt – fördert Begegnung der Bewohner und führt zur Einbindung und Teilnahme am urbanen Lebensraum!

Im Unterschied zur nicht urbanen Bevölkerung ist die Bereitschaft, sich einen Lebensstil zu „mieten“, im städtischen Umfeld deutlich höher. Dazu zählt ein vielfältiges Dienstleistungsangebot, das zum Teil auch durch klassische „Nachbarschaftshilfe“ getragen werden kann. Dies kann durch Dienstleistungszentren als Begegnungsräume mit ausgewogener Infrastruktur (familiäre Bedürfnisse wie etwa Kinderbetreuung, mobile soziale Diens-

te, Kindernachmittage, Mittagstisch, Kaffeetreffs, vermietbare Veranstaltungsräume etc.) sichergestellt werden.

Möglichkeit zur Identitätsbildung

Die Finanzierung derartiger Einrichtungen kann durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Entgelte für in Anspruch genommene Leistungen erfolgen, wobei die Organisation durch ehrenamtliche Mitarbeit getragen werden muss und von Mitarbeitern der Kommunen zu unterstützen ist. Die im städtischen Umfeld verloren gegangene Einbindung der Senioren kann auf diesem Weg soziale Kontakte zu anderen Menschen sichern und einen aktiven Lebensstil der älteren Generation ermöglichen. Die Integration von „Pflegekernen“ im Rahmen von Gesundheitsdienstleistungen dient der Versorgung nicht nur der Älteren im jeweiligen Stadtteil.

Durch den Ausbau und Unterstützung von kultureller Vielfalt, Stadtteilinitiativen und Stadtteilstivals wird den Bewohnern Möglichkeit zur Identitätsbildung gegeben. Die Initiierung von „(Haus-)Eigentümergeinschaften“ und Entwicklungsteams mit Gebietsverantwortung kann entscheidend zur Stadtteilentwicklung beitragen.

Die Zukunft wird zeigen, dass Singles und Senioren dominieren. Mehrgenerationenhäuser werden das Einfamilienhaus ablösen und Stadtteilbörsen für Tausch und Nachbarschaftshilfe werden selbstverständlich. Stadtteilmanager bieten im Lebensraum Stadt Einkaufs- und sonstige Hilfsdienste an. Fazit: Lebenswerte Städte können als Leitbilder für die Zukunft dienen, wenn es gelingt, die Ansprüche der Bewohner an die Lebensqualität zeitnah zu erkennen und bewohnerorientiert umzusetzen.

Nachhaltig urban. Urbane Nachhaltigkeit.

Langfristiges Denken und Planen – kurzfristiges Handeln

Mark Michaeli

Seit nunmehr einer Generation haben beide in der Überschrift genannten Begriffe – der des „Urbanen“ und jener der „Nachhaltigkeit“ – Einzug in die Alltagssprache gehalten. In umgangssprachlicher Verwendung in aller Munde sind sie, wenn vom offensichtlichen Zusammenhang zwischen Städten, Ressourcenumsatz und „grünen“ Technologien die Rede ist. Indes eröffnen beide Begriffe den Blick in die wesentlich umfangreichere Dimension systemischer Zusammenhänge von Raum und Strategie. Das mag trotz der nun wahrscheinlich gestifteten Verwirrung der Anlass sein, warum eine kurze, doch eingehende Beschäftigung mit den Bedeutungsgehalten der Begriffe lohnt.

Für eine klare Sprache: Die Herkunft der Begriffe

Ihrem Wortursprung nach verorten sich beide Begriffe in unterschiedlichen Kontexten. Das „Urbane“ als Ausdruck einer „verfeinerten“ Lebensart, unter der hier sich gegenseitig unterstützende Prozesse von Produktion und gesellschaftlicher Organisation verstanden werden und welche damit gegenüber der Subsistenzwirtschaft raffinierte Lebensstile ermöglichte, bezeichnet die Urbedeutung des Begriffes. Im antiken Rom blieb die Verwendung des Begriffes zunächst räumlich auf die Hauptstadt beschränkt. Es sind Aspekte wie das Aufkommen der Arbeitsteiligkeit, der sozialen Differenzierung sowie der Spezialisierung der Produktion, welche die Geschichtswissenschaften als Hinweise für das Entstehen der Städte deutet. Mit Blick auf die heutige Situation muss indes ohne jede Polemik festgestellt werden, dass selbst ländliche Räume jene genannten Eigenschaften aufweisen und daher vielleicht als „urban“, wenn auch nicht als „städtisch“ bezeichnet werden können. Der mit dem Wort „urban“ bezeichnete Raum

ist also vielmehr Organisationsstruktur gesellschaftlicher Prozesse und erst in nachgeordneter Bedeutung und in Form des Begriffes „Urbanität“ ein Sinnbild städtischer Quirligkeit.

Wenn auch nicht ganz so alt, so ist auch der Nachhaltigkeitsbegriff keine Erfindung eines grünen Zeitalters, sondern im deutschen Sprachgebrauch ein Begriff der Forstwirtschaft, welcher aus Sorge um den Entzug der Lebensgrundlage der Holzwirtschaft durch die rapide Entwaldung Europas entstand. Mit einer Konzentration auf den Zeitaspekt bezeichnete „Nachhaltigkeit“ die über die Wachstumsdauer des Baumes angelegte Bewirtschaftungsstrategie des Waldes, welche für eine nachfolgende Generation die wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensgrundlage sicherte. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ bezeichnet daher weniger einen Zustand, als dass er die Prozessqualität eines ständigen Wandels oder Umbaus einer räumlichen Situation würdigt.

„Nachhaltig urban – urbane Nachhaltigkeit“ stellt damit ein klares Bekenntnis zu zeitgenössischen gesellschaftlichen Werten und dem ständigen Wandel verpflichteten Re-Urbanisierungsprozessen dar, in welchen es darum geht, bislang unausgeschöpfte Potenziale der bestehenden räumlichen Struktur als Ressource für den Umbau zu lebenswerten und zukunftsfähigen Lebensumfeldern einzusetzen und zu gestalten.

Statische und Dynamische Qualitäten: Umbauen als Prinzip der Stadt

Der Verweis auf den im Raum existierenden Bestand als Ausgangssituation mag der Herkunft des Autors geschuldet sein, ist aber insofern wichtig, als dass er neben der Wertschätzung für eine bis zum heutigen Tag entwickelte Tradition der Organisation des Zusammenlebens auch den festen Glauben an die nachhaltige und urbane Entwickelbarkeit der in Europa vorhandenen räumlichen Strukturen von Stadt und Land ausdrückt. Der vollständige Ersatz von ererbten, aber in Bezug auf heutige

Anforderungen ineffizienten Strukturen zugunsten von neuen energieeffizienten Städten, welche als Leuchtturmprojekte der urbanen Nachhaltigkeit sowohl durch Fachblätter als auch Illustrierte geistern, vermag als Strategie für die räumliche Transformation nicht nur aus denkmalpflegerischen Überlegungen nicht zu überzeugen. Die in nationalen und internationalen Stadtentwicklungspolitiken und -strategien immer wieder angeführten Qualitäten der mitteleuropäischen Städte und – man erlaube die Ergänzung – Landschaften liegt nicht in einer Sehnsucht nach pittoresken und längst wirtschaftlich verwerteten Stadtbildern begründet. Vielmehr zeichnen sich diese Strukturen durch eine über Jahrhunderte entwickelte und erhaltene Wandlungsfähigkeit und Resilienz gegenüber ständig wechselnden Herausforderungen aus. Aufbau und Ausprägung der europäischen Stadt ermöglichen dabei die funktionale und soziokulturelle Aneignung in Form einer andauernden Konversion und (Re-)Kultivierung des Raumes.

Einer offensichtlich vorliegenden statischen Qualität des Gegenstandes Stadt steht also offensichtlich eine dynamische Qualität – jene der Fähigkeit zum Wandel – gegenüber, welche allerdings zunehmend unter Druck gerät. Die zurzeit stattfindenden gesellschaftlichen Prozesse weisen auf eine einseitige Überbetonung des Schutzgedankens hin, während planerische Unsicherheiten bedeutende Zukunftsvisionen durch eine Logik der Zweckmäßigkeit limitieren. Vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen und immer unüberwindbarer Risiken scheint der auch in unseren Städten beobachtbare Rückzug in die vermeintliche Sicherheit des Privaten und Individualisierten opportun, indem man sich vor der entfremdeten Umwelt zu immunisieren versucht. Und doch trägt diese Sicherheit, denn sie ist, soll sie nicht auch die Aufgabe urbaner Lebensstile in einer neuen Form der Eremitage oder Subsistenzwirtschaft bedeuten, im besonderen Maße abhängig von infrastrukturellen Angeboten, deren Bereitstellung, Zugänglichkeit und Verlässlichkeit durch die öffentliche Hand geplant und reguliert werden soll. Und neben der Tatsache, dass ein den Prinzipien der Nachhaltigkeit verpflich-

teter Umbau unserer urbanen Systeme insbesondere in diesem Bereich nach massiven Investitionen verlangt, wird hier nun die eigentliche Herausforderung sichtbar, welche bereits durch den Philosophen Immanuel Kant formuliert wurde: die Notwendigkeit der Überwindung des grundlegenden inneren Widerstreits zwischen Freiheitskonzept und Gleichheitsprinzip.

Gesellschaftliche Integration als Nachhaltigkeitsherausforderung: Ziele entwerfen

Seit ihrem Entstehen beruft sich die räumliche Planung auf eben diesen Zusammenhang, der ihr als Grundvoraussetzung für jegliche Gestaltbarkeit des Raums auf der Basis einer demokratischen Grundordnung gilt. Angeführt hierzu wird der Wahlspruch der Französischen Revolution von 1789, der das systemische Dilemma durch den „Liberté“ und „Égalité“ ergänzenden Begriff der „Fraternité“ auflöst, welcher jenseits der Lehre der reinen Vernunft einen quasi-familiären Zusammenhaltswillen beschwört und der eine konsensorientierte Grundhaltung als Imperativ einer modernen Gesellschaft einprägt.

Im demokratischen Raum praktiziert, verlangt Konsenskultur allerdings zweierlei: Partizipation und inhaltliche Auseinandersetzung mit zu erhaltenden und zu entwickelnden Werten. Und obwohl diese im Wesen zunächst schwierig verallgemeinerbaren und dadurch von einem zum anderen räumlichen und soziokulturellen Kontext übertragbaren Faktoren im Prozess gegenüber an eingeführten (Planungs-)Instrumenten ausgerichteten und damit sich als vermeintlich zweckmäßig anbietenden Vorgehensweisen als eine Verkomplizierung erscheinen mögen, so birgt dieses Vorgehen dennoch enorme Potenziale und damit Ressourcen für den nachhaltigen Umbau unserer Städte und v.a. auch den unter immer stärkeren Druck geratenden ländlichen Raum.

Im aktiven Entwerfen und Gestalten der Zukunft und der gemeinsamen Verpflichtung zum Handeln jenseits formalisierter Beteiligungsverfahren liegt die Chance auf die Entwicklung einer

Anpackkultur, welche neben technischen Nachhaltigkeitsstrategien auch die Potenziale z.B. von Verhaltensänderungen erkennt. Diese trägt zunächst positiv zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und zur Verringerung des Druckes auf das ökologische System, etwa durch die Verringerung von Emissionen, bei.

Hier bedarf es einer unromantischen und zeitgenössischen Lesart, welche in kreativen Prozessen und proaktiven Projekten danach strebt, sich den veränderten Problemlagen, veränderten Lebensmodellen und komplexen Herausforderungen in unseren Lebensumfeldern zu stellen und im Entwerfen von Zielen und Werten sowie der konsequenten Wahrnehmung einer partizipatorischen Verpflichtung Wege für die nachhaltige räumliche Entwicklung zu erschließen. Eine solche konsensorientierte räumliche Strategie muss hierbei zwingend eine kontext-, akteurs- und zeitspezifische Auslegung der produktiven Potenziale eines Raums beinhalten. Alle Mittel zielen auf ein breit abgestütztes Bewusstsein für die Transformation, um Engagement und Teilhabe verschiedener Interessengruppen und Akteure herzustellen und damit aktiv die an gemeinsamen Werten und Zielen ausgerichtete gesellschaftliche Reintegration zu unterstützen.

In einer langfristigen Perspektive ermöglicht diese Reintegration die Wiederentdeckung und Entwicklung eines spezifischen Raumwissens, welches in immer neuen Projekten die dynamische Entwicklung des Lebensumfeldes vorantreibt und letztlich auf jene Fähigkeiten setzt, welche z.B. auch die Leistungsfähigkeit und Adaptierbarkeit der europäischen Stadt auszeichnen.

Langfristiges Denken und Planen – kurzfristiges Handeln

Hierfür braucht es eine breit abgestützte, zeitnahe und aktiv gestaltende Auseinandersetzung mit der Zukunft oder wünschenswerten Zukünften der urbanen Lebensumfelder, d.h. eine gesellschaftliche Debatte zum Wert und Lebenswert des räumlichen Umfelds, sei es Stadt oder Land und daraus ableitbarer anzustrebender Zielqualitäten, um geeignete planerische Maßnahmen

kurzfristig ergreifen zu können. Im Vordergrund steht dabei nicht die lückenlose Beherrschung eines ohnehin abstrakten Gesamtsystems „Stadt“, sondern die Identifizierung und Gestaltung von sogenannten „urbanen Projekten“.

Der Städtebau kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem er aneignbare und qualitätsvolle öffentliche Räume, flexible und dennoch spezifische städtebauliche Typologien mit ausgewogenen Maßstabs- und Funktionsmischungen anbietet und in langfristigen, zwischen Kontrolle und Laissez-faire vermittelnden Entwicklungsplänen für den Stadtumbau für diese Diskussion bereitstellt. Diese Pläne dienen als Abbildung des tatsächlichen, spezifischen Zustands eines räumlichen, sozioökonomisch integrierten Kontexts und seiner Entwicklungspotenziale.

Ziel der Planung ist der Erhalt und die Bereitung von intelligenten und nachhaltigen „Nährböden“, auf denen sich sowohl bestehende als auch neuartige räumliche Strukturen und sich selbst unterhaltende produktive Mechanismen entwickeln können, welche in ihrem jeweiligen Kontext flexibel und adaptierbar sind, gleichzeitig spezifisch wirken und so zur allmählichen Entwicklung einer ausgewogenen Qualität und Sicherung des lokalen Umfeldes beitragen können.

Der Raum von morgen ist nicht fertig gebaut.

Lebensraum Stadt

Prosperierend, kreativ und grün

Harry Gatterer

Die Stadt, wie wir sie heute kennen, ist v.a. ein Verdienst der Industrialisierung. Und klarerweise ist dieser Ort auch Projektionsfläche für alles, was in einer Gesellschaft vor sich geht. Kultur, Berufschancen und Gemeinschaft sind Beispiele der guten Seite. Aber schon früh wird das Urbane auch skandalisiert: Sünde, Moralverfall, Dekadenz – all dies wird mit dem Städtischen assoziiert. Für die Zukunft ist jedoch klar, dass die Stadt der Lebensraum der meisten Menschen auf diesem Planeten ist. Auch wenn oftmals die Mobilität und Digitalisierung als Quell für die Stadtflucht und Dezentralisierung zitiert werden: Die Realität ist nach wie vor eine Landflucht im großen Stil.

In modernen Erwerbsgesellschaften gehen Menschen zunehmend dorthin, wo es Arbeit gibt. Da der agrarische Sektor weiter schrumpft, klassische Produktion sich eher „tertialisiert“ (in kleinen Einheiten mit smarten Fabriken), wandert die Arbeit immer mehr in die Ballungsgebiete. Dort finden sich die Fachkräfte, die die moderne Wirtschaft braucht. Dabei ist Stadt, so konkret es klingt, doch sehr weich und differenziert. Schon die unterschiedlichen Gesichter der globalen Stadtentwicklungen verdeutlichen dies: Explodierende Städte, wie z.B. Lagos, ringen um Strukturen, welche die tägliche Flut an neuen Bewohnern zumindest ein wenig abfangen können. Was gerade in Lagos chaotisch, aber erstaunlich gut und mit viel Optimismus funktioniert. Andererseits zeugen vergehende Städte wie z.B. Detroit davon, dass keine Stadt der Welt nur stillstehen kann und warten, sondern dass Entwicklung und Arbeit an der Stadt essenziell für deren Zukunftspotenzial sind. Wobei auch diese „Rewind Cities“ in ihrer Rückentwicklung Chancen haben, sich gerade dadurch neu zu erfinden und für eine langfristige Zukunft vorzubereiten. Die Innenstadt

von Detroit wird beispielsweise durch eine neue, kreative Klasse besiedelt und erzeugt neue Formen von Arbeit: selbstständig, wissens- und talentbasiert. Womit die Stadt wieder an Attraktivität gewinnt, auch als Lebensraum. Die ersten Erneuerungen von Straßenzügen inbegriffen, um beim Beispiel Detroit zu bleiben.

Städte sind v.a. aber auch Gestaltungsraum für eine ganze Masse an Menschen: Jenseits von Plänen und Ideen bildet sich urbaner Raum aus den vielen unkoordinierten Handlungen der Individuen, wie beim Ameisenhaufen. Diese Emergenz bleibt jedoch meist ungeachtet, da Planer und Stadtverwalter wenig Interesse am Dialog haben, welcher ihre eigenen Ideen der Stadtentwicklung vielleicht über den Haufen wirft. Dennoch wird gerade die Co-Entwicklung von Städten zum herausragenden Merkmal, was zu neuen Prinzipien der Stadtentwicklung führen wird:

Die Stadt ist ein von Menschen gebildeter Schwarm

Ein Schwarm in der Natur zeigt sich uns als einheitliche Masse, die sich scheinbar homogen bewegt, denken wir nur an den Fischschwarm. Die Intelligenz des Schwarms besteht im Zusammenspiel aller Individuen. Für die Stadtentwicklung kann man daraus die Bedeutung permanenter zielgerichteter Kommunikation unter allen Stadtbewohnern erkennen. Nur so wird die gesamte Intelligenz der Stadt genutzt. In Adelaide/Australien hat man dafür den Prozess „Thinkers in Residence“ etabliert. Menschen werden animiert, sich am Prozess des Vordenkens zu beteiligen. Forscher, Studenten, Investoren, Politiker, Beamte im Speziellen und alle Einwohner im Generellen können an der Planung der Stadt teilhaben. Im Normalfall funktionieren Städte eher wie Rudel, mit Leittier und Machtkämpfen. Doch das Rudelverhalten wird aufgrund der komplexen Herausforderungen unserer Städte überfordert, wo die Prinzipien des Schwarms greifen. Das Kommunikationsbeispiel in Adelaide macht dies deutlich. Durch eine offene Grundhaltung und digitale Kanäle werden in Zukunft immer mehr Menschen bewusst in die Entwicklung der Stadt eingreifen. Feedback über Missstände oder dringende Bedürfnisse können

somit schnell und praktisch den Weg „nach oben“ finden. Und müssen dort auch gehört werden.

Eine Zukunftsstadt ist eine grüne und gesunde Stadt

Aus früheren Jahrhunderten kennen wir die Stadtmauern, welche Schutz boten und die Grenze der Stadt definierten. Heute haben Städte keine offensichtlichen Schutzwälle mehr. Dennoch funktioniert die Stadt wie ein Gehege für Menschen, innerhalb dessen für alles gesorgt ist. Suchen wir die Analogie, dann stoßen wir auf Fische im Aquarium. Sie bekommen alles, was sie zum Überleben brauchen; sie fressen, schwimmen, vermehren sich. Was Fische hinterm Glas jedoch verlieren, sind Abwehrkräfte und Robustheit. Der Vergleich zu den Fischen im freien Meer zeigt das deutlich. Menschen leben in Städten ähnlich den Fischen im Aquarium, wenn der Austausch mit dem Meer, also der Umwelt, versiegt. Eine miserable Kaffee-Ernte z.B. in Brasilien trifft den Kaffee trinkenden Stadtbewohner so gut wie gar nicht – maximal über Schlagzeilen oder etwas erhöhte Preise. Dadurch ermüdet die Sensibilität für Natur und die Geschehnisse außerhalb der Stadt. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist jedoch elementar, und deutlich zu vernehmen: Die Natur kehrt vermehrt in die Stadt zurück. Auch hier sind es die Bürger, welche eine zunehmende Sehnsucht nach dem direkten Kontakt zur Natur verspüren. Immerhin 32% der Österreicherinnen und Österreicher meinen, dass die Natur der glücklichste Ort für sie sei. In Hinterhöfen, auf Dächern und Balkonen – ja sogar in den Wohnungen – hält nun das Gardening Einzug. Der Begriff Urban-Gardening hat sich längst etabliert. Die extremsten Entwicklungen zeigen sich im Vertical-Farming, also in Hochhäusern, welche als vertikale Gärten genutzt werden. Heute wird aber bereits ein Drittel des Nahrungsbedarfs der Städte weltweit durch die sogenannte periurbane Landwirtschaft in den Städten selbst produziert. Bereits seit den 1990ern hat man in Peking begonnen, die innerstädtische Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. Positive Wirkungen sind: weniger Verkehr, Rückführung von organischen Abfällen als Dünger, Schutz der Wasserressourcen, Erhaltung von Erholungszonen. Die Stadt-Bauern konnten

ihr Einkommen zwischen 1995 und 2003 sogar verdoppeln. In Vancouver bauen 44% der Einwohner selbst Früchte, Beeren, Nüsse oder Kräuter auf Dächern, Balkonen oder in einem der Gemeinschaftsgärten der Stadt an.

Die grüne Stadt bedient als Metapher aber auch eine ganz andere Deutung: Gesundheit. Die Anwesenheit von „grün“ scheint als eine Antithese zu den Gesundheitsproblemen zu gelten, welche durch die Industrialisierung hervorgerufen wurden. Dabei ist die Natur nicht immer nur heilsam, wie allein die zunehmende Zahl der Allergiker deutlich macht. In Zukunft werden wir jedoch immer mehr dieser sogenannten „Second Nature“ sehen, die von Menschen in ihrem Lebensraum Stadt gepflanzt wird. Und diese neue zweite Natur wird dann immer mehr zum Lebensraum, der gesund machen und halten soll. Die Stadt als Arznei also. Wie wird dies erreicht: Bewegung zu Fuß oder per Rad statt mit dem Auto; Oberflächenmaterialien, welche Schadstoffe binden; Stress-Reduktion durch Lärmverhinderung; psychologische Hilfe durch intelligente Vernetzung von Menschen ..., um nur einige Beispiele zu nennen. Jedenfalls werden wir Menschen die Städte zu den Lebensräumen umdefinieren, in denen die leichteste Form eines gesunden Landlebens möglich wird.

Eine Zukunftsstadt fördert Vielfalt

Stadtentwicklung wird sich der Vielfalt hingeben. Biodiversität, also Artenvielfalt, sichert Lebensraum durch symbiotische Beziehungsmuster. Die interkulturelle Vielfalt von Stadtbewohnern führt zu einer fortwährenden Neuorientierung von Denkweisen, was letztlich den Fortbestand der Stadt sichert. So spricht Prof. Richard Florida von Creative Cities als den prosperierenden Lebensräumen der Gegenwart. In diesen sammelt sich Talent, Technologie und v.a. Toleranz. Was wiederum mehr Menschen anzieht. San Francisco hat mit seiner Buntheit und Offenheit die kreativen Talente über Jahre angezogen, mit dem Ergebnis einer extremen Dichte an kreativen Menschen. Im laufenden Wettbewerb der Städte ist das ein fundamentaler Vorteil. Auch eine

Stadt wie New York hat mit ihrer hohen Diversität selbst nach der Krise immer noch die besten Chancen in der Finanzwelt, auch wenn die asiatischen Börsenplätze scheinbar auf der Überholspur sind. Doch vielen der asiatischen Städte fehlt es (noch) an der nötigen Vielfalt, um tatsächlich Talente anzuziehen und zu halten. Singapur unternimmt im Moment viel, dieses Manko wettzumachen. Doch Jahrzehnte einer Monokultur können eben nicht von heute auf morgen zur Vielfalt mutieren.

Die Vielfalts-Entwicklung zeigt sich auch in der ästhetischen Gestaltung der Umgebung, ergo einer erhöhten Lebensqualität. Dies entspricht dem natürlichen Prinzip der Vielfalt. Will man diese bewusst gestalten, gilt es, Vielfalt in jeder Hinsicht zuzulassen. Konkret: multikulturelle Treffpunkte, Kultur fördern, Formenvielfalt unterstützen, Andersartigkeit integrieren, Überraschungen einplanen, neueste Kommunikationstechnologien anbieten.

Zukunftsraum Stadt

Die Geschichte der Stadt hat, so könnte man formulieren, gerade erst begonnen. Städte erleben eine Renaissance als Lebens- und Kulturform – und ihren endgültigen globalen Siegeszug. Ihre Entwicklung vollzieht sich entlang von Sozio-Techniken und neuen technologischen Möglichkeiten. Anders als vermutet fördert der Aufstieg der Wissensgesellschaft nicht primär Dezentralisierung und Regionalisierung, sondern führt zu einer weiteren Verdichtung von urbanen Gebieten. Städte werden mehr als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte die kulturellen, ökonomischen und kreativen Zentren der Welt sein.

Nachhaltig urban

Über die Krise der Stadt und Perspektiven urbaner Nachhaltigkeit

Reinhold Christian

Schon 2008 lebten weltweit über 50% der Menschen in Städten. Die Prognose der UNO, es würden 2030 60%, 2050 80% sein (EU: 2030 80%, 2050 85%), scheint durchaus plausibel. Dennoch ist oft von der Krise, von der Unwirtlichkeit (Mitscherlich), ja vom Tod der Stadt die Rede. Aus aktuellen Trends wird abgeleitet, der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik werde Zentren veröden lassen, da „alles“ von zu Hause aus erledigt wird; in einer Art „Disneyland für alle“ werde alles durchgeplant und vorbestimmt; die Entwicklung werde zu gigantischen Agglomerationen führen. Letzteres ist bereits weit gediehen. Ein Häusermeer mit Verkehrsstau ist allerdings noch keine Stadt.

Urbanes Flair

Urbanität heißt: Vielfalt der Angebote und der Betätigungsmöglichkeiten; Spitzenqualität einzigartiger Optionen in Kunst und Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, Freizeit und Bildung; wechselvolles Spannungsfeld zwischen Individualität, Anonymität und Öffentlichkeit; anregende Polarität von öffentlichem Raum und Privatheit, Qualität, Vielfalt, Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeit für die Bürger sind Ingredienzien von Urbanität, Voraussetzung für urbanes Flair. Krise und Tod der Stadt wie zitiert stehen also nicht für das Ende der Megalomanie, sondern für Mangel an Urbanität.

Nachhaltigkeit, oder besser: Zukunftsfähigkeit bedeutet, unsere Bedürfnisse heute so zu erfüllen, dass die Optionen künftiger Generationen nicht eingeschränkt werden (Brundtland-Bericht). Es geht darum, einen Wirtschafts-, ja Lebensstil zu

entwickeln, der auf Dauer gelebt werden kann. Ökonomische, ökologische und soziale Verträglichkeit sind die Säulen der Nachhaltigkeit.

Die Krise der Stadt: Der Ressourcenverbrauch – Material, Energie, Fläche – herkömmlicher „moderner“ Stadtentwicklung ist enorm. Mit ihm steigen die Emissionen. Boden, Wasser, Luft werden belastet und damit die Menschen. Verbesserte technische Möglichkeiten unserer Tage – von Abgasreinigung bis Wärmedämmung – können die negativen Effekte nicht vollständig kompensieren.

Stadterweiterung hat zu monofunktionalen Satellitenstädten, zu Flächenfraß und Siedlungsbrei geführt. Die Trennung städtischer Funktionen, insbesondere aber der Daseins-Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Bildung und Freizeit verursacht große Distanzen. Die Aktivitäten des täglichen Lebens zu erledigen heißt, lange Wege zu bewältigen.

Satellitenstädte bieten in erster Linie „Schlafställe für Nutzmenschen“ (Konrad Lorenz). Wie sie verursachen auch Bürotürme ohne wirkungsvolle Angebote öffentlicher Verkehrsmittel Zwang zum Auto. Einkaufszentren auf der grünen Wiese, am Stadtrand, aber auch in innerstädtischen Räumen, die für neue Nutzungen verfügbar wurden, lassen Einkaufsstraßen und wohnungsnahen Geschäfte aussterben und ganze Grätzler veröden.

Stadt und Auto

Ermöglicht wurde diese Entwicklung – vom enormen Flächenwachstum der Städte bis zur Trennung und Distanz der Funktionen – erst im 20. Jahrhundert durch die Entwicklung und Verbreitung des Autos. Begleitet wurde sie durch eine implizite Orientierung der Stadtplanung an der „Erfolgsgeneration“: 20 bis 60 Jahre alt, gesund, fit, vorwiegend männlich, Auto verfügbar, Geld kein Problem.

So wurde die Gestaltung des Stadtraums ausgelegt auf eine Geschwindigkeit von 50 bis 70 km/h. (Die biologischen Bedingtheiten der Menschen erlauben Geschwindigkeiten von 3 bis 5 km/h!) Erwartungen an Grundstückspreise und Renditen von Bauwerken dominieren nach wie vor die Entscheidungen über die Entwicklung der Stadt. Keine Baulücke, in der nicht ein überdimensioniertes Wohn- oder Bürogebäude errichtet wird, kein Hinterhof und keine Freifläche, die nicht zum Stellplatz wird. Prestigedenken, Macht und Zugriffsmöglichkeiten bestimmen die Entwicklung und zerstören so historisch gewachsene Grätzeln, Kommunikation und Gemeinsamkeit im öffentlichen Raum. Das Spannungsfeld öffentlicher Raum – Privatheit geht verloren.

Die Krise der Städte hängt also zusammen mit der jahrtausendealten Tradition des Bauens als Demonstration der Macht und Tüchtigkeit der Herrschenden. Der Glaube an Sachzwänge wie Verkehrsbedarf, Wohnungsbedarf etc. und an das bessere Wissen der (politischen) Eliten trägt das Seine zur Malaise bei.

Stadtgestaltung folgt weiterhin sehr oft nicht den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, nicht jenen der Urbanität und schon gar nicht den Wünschen, Träumen, Sehnsüchten und Ängsten der Menschen.

Droht durch derartige Stadtentwicklung historisch gewachsene Urbanität verloren zu gehen, so wird zugleich deutlich, dass wir Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit nicht erreicht haben.

Dienst am Menschen

„Die Stadt nämlich (...) ist nicht die Angelegenheit der Städtebauer, sondern der Städtebewohner.“ (Max Frisch)

Die urbane und nachhaltige Stadt der Zukunft orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an vermeintlichen Sachzwängen, wie etwa jenem des Autoverkehrs. Stadtgestaltung erfolgt in adäquaten Dimensionen. Dimension meint dabei nicht nur die Größe von Baukörpern oder die Weite von Stadt-

räumen, sondern auch Fragen der Uniformität und Verwechselbarkeit, der Monokultur der Funktionen. Gesichtspunkte von Zeit und Geschwindigkeit oder die Dimension der vom Menschen bewältigbaren Vielfalt fließen ein. Dies hat klare Konsequenzen z.B. für die Verkehrspolitik: Wir können Plätze, Gassen und Straßen für das Auto oder für den Menschen gestalten, den öffentlichen Raum und die Strukturen der Stadt auf Verweilen und Kommunizieren ausrichten oder auf Durchrasen, auf Sicherheit für Personen oder auf Sicherheit für Blech. Verkehr darf kein Selbstzweck sein. Er hat eine wichtige Dienstfunktion für die Menschen. Notwendige Wege sollen von allen Menschen rasch, sicher, bequem und umweltfreundlich erledigt werden können, Erreichbarkeiten für alle gesichert sein. Belastungen für Mensch und Umwelt sind zu minimieren.

Zukunftsfähige Stadt – Erwartungen und Aufgaben:

Frei nach Karl Kraus „Ich verlange von einer Stadt, in der ich leben soll: Asphalt, Straßenspülung ... Wasserleitung. Gemütlich bin ich selbst.“ hat Stadtpolitik also die Aufgabe, Voraussetzungen für das Wohlfühlen der Bewohner, für das gute Zusammenwirken in der Gemeinschaft zu schaffen.

Dazu gehört:

- die attraktive, abwechslungsreiche Gestaltung der öffentlichen Räume nach dem Maß des Menschen.
- die Sicherung spezifischer, hochwertiger urbaner Angebote von Bildung, Kultur, Freizeit, Arbeitsplätzen und Berufschancen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen.
- die Schaffung und Sicherung einer guten Umweltqualität.
- den Zugang zu den Vorzügen der Stadt für alle zu sichern.
- Voraussetzungen für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Die Stadt kann mit höchsten Spezialisierungen und attraktiven Angeboten für Betriebsansiedlungen und Investitionen auch für das umliegende Land und die Region positive Zukunftsperspektiven sichern.

Tradition und Erneuerung verbinden:

Wir nutzen heute jahrhundertealte Stadtstrukturen und Bauten, die wir unseren zeitgemäßen Bedürfnissen angepasst haben. In vielen Grätzeln spürt man, dass es gelang, Urbanität im Wandel der Zeit harmonisch zu entwickeln. Wohlfühlen, urbanes Flair und dynamisches Stadtleben sind in historisch gewachsenen Gebieten fast selbstverständlich. Probleme gibt es in Erweiterungsbereichen, wo jahrzehntelang gedankenlos, Mode- oder Machttrends folgend, überdimensionale Monokulturen geschaffen wurden und werden.

Stadtpolitik muss sich auch fragen, was von unseren heutigen städtischen Errungenschaften in 100 oder 500 Jahren noch nutzbar sein wird.

Verbundenheit:

Boden ist nicht vermehrbar, nicht erneuerbar oder „nachwachsend“. Er bedarf daher des besonderen Schutzes. Wohlüberlegte Nutzungskonzepte sind gefordert.

Urbanität setzt Kompaktheit, Konzentration und Zusammenhang voraus. Stadtspezifische Angebote der Versorgung, von Kultur und Kunst, Wissenschaft, Freizeit und Wirtschaft werden sich in zentralen Bereichen konzentrieren. Urbanität braucht dichte Strukturen. Sie ist kein Impuls für gesteigerten Flächenverbrauch, im Gegenteil.

Diesem Prinzip der Verbundenheit und der kompakten Stadtstruktur entspricht es auch, Stadtentwicklung in kleinen Einheiten zu betreiben, am besten innerhalb oder unmittelbar anschließend an bereits florierende Stadtteile. Damit kann die Qualität des Lebensraums erhalten und eine gleichmäßige, aber variantenreiche Lebendigkeit der Stadt gesichert werden.

Menschengerechte Stadträume

Mischung urbaner Funktionen:

Urban wird die Stadt erst durch die Mischung unterschiedlichster Funktionen des Wohnens, des Arbeitens, der Ver- und Entsor-

gung, der Freizeitangebote. Die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu decken, muss für alle Bewohner mit kurzen Wegen möglich sein. Die Erfahrung zeigt, dass die nachträgliche oder auch vorgeplante Anreicherung monotoner Wohnsiedlungen mit Angeboten der anderen Daseins-Grundfunktionen dem Anknüpfen an historisch gewachsene durchmischte Stadtteile nicht annähernd gleichkommen kann.

Als durchaus ehrgeiziger Richtwert soll gelten, dass in einer Stadt mit hoher urbaner Qualität die Erledigungen des täglichen Lebens tunlichst zu Fuß in einem Umkreis von etwa einer halben Stunde möglich sein sollten. Ausgeklügelte Konzepte für eine umwelt- und menschengerechte Gestaltung der Stadträume können dies leisten, während sie die Erreichbarkeit der höherwertigen urbanen Funktionen durch attraktive und umweltfreundliche Transportstrukturen sichern.

Vielfalt und Freiraum:

„Ich bin ein Kind der Stadt. Die Leute meinen,
Und spotten leichthin über unsereinen,
Dass solch ein Stadtkind keine Heimat hat.“ (Anton Wildgans)

In der nachhaltigen Stadt treten an die Stelle technologisch-funktionaler Monokulturen und gigantomanischer Bauten überschaubare Größenordnungen und Diversität. Statt großmaßstäblicher Einheitlichkeit gibt es individuelle Gestaltungsmöglichkeiten und damit individuelle Variation im Stadtbild, Signale der Wiedererkennung – Voraussetzung für Identifikation, Wohlfühlen, „zu Hause sein“.

Flexibilität und Stabilität:

Mischungsprinzip, Wandel der Nutzungsansprüche, lebendige Vielfalt urbaner Angebote und individuelle Identifikation setzen Flexibilität voraus. Stadt nach dem Maß des Menschen braucht Freiräume. Urbane Lebensqualität erwächst aus den Aktivitäten der Bewohner und nicht aus den Vorgaben der Stadtplaner und Entscheidungsträger. Einzelne Nutzer und Nutzergruppen müs-

sen eingreifen, gestalten und verändern können. Identität und Wandel der Ansprüche müssen im Stadtbild, im Stadtleben ihren Ausdruck finden können.

Freiräume und Flächen, die für neue Nutzungen verfügbar sind, sollen Raum für spontane und ungeplante Aktivitäten bieten. Von Brachflächen zum Austoben von Jugendlichen bis zu urbanen Gemeinschaftsgärten gibt es eine breite Palette ungeplanter, oft spontaner Aktivität. Sie bildet einen wohltuenden Kontrast zur durchgehend strukturierten Geplantheit und Bedingtheit etwa in Parks, wo feinsäuberlich getrennte Areale für Kleinkinder, Hunde, Jugendliche, Senioren etc. Generationen trennen und Aktivitäten vorbestimmen.

Stadt muss aber auch ihren typischen Charakter als Ganzheit pflegen und darf ihn nicht aufgrund kurzzeitiger (Mode-)Trends aufgeben oder verlieren. Individuelle Differenzierung hat daher auch Grenzen. Stadt als Ort des Wandels, der Integration und Verschmelzung unterschiedlichster Trends und Entwicklungen muss auch ein gewisses Maß an Robustheit und Dauerhaftigkeit in ihren Strukturen haben.

Herausforderung Lebensqualität

Umwelt Stadt:

Umwelt- und menschenfreundliche Verkehrslösungen sowie effiziente Flächennutzung sind – wie dargestellt – Komponenten von zentraler Bedeutung gerade im städtischen Raum. Nachhaltigkeit, langfristig gute Umweltqualität und hohe Lebensqualität umfassen weitere große Herausforderungen:

- Die Nutzungsraten den Regenerationsraten anpassen:
Ein Wirtschaftssystem, das auf Dauer aufrechterhalten werden soll, darf Rohstoffe und Energieträger nur so gewinnen, dass sich die Natur regenerieren kann. Erschöpfbare Ressourcen sind daher durch erneuerbare zu ersetzen. Diese „naturwissenschaftliche Trivialität“ bedingt grundlegende Transformationen unserer

Wirtschaftssysteme, da diese in Österreich und weltweit derzeit durch hohe Anteile erschöpfbarer Ressourcen gekennzeichnet sind. Angesichts der Begrenztheit auch der erneuerbaren Rohstoffe und Energieträger eine wahre Jahrhundert-Aufgabe!

Studien zum Energiesystem zeigen, dass Österreich langfristig mit weitgehend in Österreich produzierten erneuerbaren Energieträgern versorgt werden kann. Allerdings können diese nur die Hälfte des derzeitigen Inlandsverbrauchs decken. Nach Jahrzehnten zum Teil rapiden Anstiegs muss der Energieverbrauch also künftig sinken!

Damit wird auch deutlich, dass der Vorrang bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen der Effizienz zukommen muss. Nur wenn wir imstande sind, mit wesentlich geringerem Material- und Energieeinsatz die wünschenswerten Dienstleistungen zu produzieren – niemand konsumiert ja Energie per se, wir wollen behaglich warme Räume, erledigte Transporte, gekühlte Lebensmittel, beleuchtete Arbeitsflächen etc. –, nur dann kann der Energiebedarf auch ohne Komfortverlust (wenngleich sicherlich mit gewissen Verhaltensänderungen) durch erneuerbare gedeckt werden.

Technisch bestehen dafür großartige Optionen:

Das Beispiel Raumwärme zeigt, dass der gleiche oder sogar höhere Wohnkomfort mit der Hälfte, einem Drittel, ja sogar einem Zehntel des aktuellen Energiebedarfs gedeckt werden kann. Technische Entwicklungen bei Geräten, Beleuchtung und EDV ermöglichen ähnliche Steigerungen.

Schon aufgrund der begrenzten Fläche und des knapp verfügbaren Raums wird die Stadt aber nie in der Lage sein, sich vollständig mit erneuerbaren Energieträgern und Rohstoffen zu versorgen. Dafür ist selbstverständlich der ländliche Raum prädestiniert.

Die Stadt sollte aufgrund der in ihr konzentrierten wissenschaftlich-technischen Qualifikationen aber Forschung und Entwick-

lung vorantreiben und Effizienzsteigerungen auch in der Praxis besonders wirkungsvoll und erfolgreich erzielen können.

Ökodesign – Minimierung des Material- und Energieeinsatzes zur Herstellung von Produkten und Dienstleistungen – ist ein Beispiel dafür. Wesentliche Erfolge sind aber auch bei den Bereichen besonders hohen Energieeinsatzes – Raumwärme und Mobilität – gerade in der Stadt erzielbar. Der Umweltverbund (zu Fuß gehen, Rad, öffentliche Verkehrsmittel) ist hinsichtlich Materialbedarf, Raumbeanspruchung, Umweltwirkungen und Energieeinsatz dem motorisierten Individualverkehr weit überlegen.

- **Biodiversität sichern:**
Der progressiven und innovativen Zielsetzung, Ressourcenströme durch Nutzung der technischen Potenziale zu minimieren, steht die konservierende Komponente „ökosozialer Stadtpolitik“ gegenüber. Auch in der Stadt sollen Naturräume in ihrer Eigendynamik geschützt und gesichert werden, zugleich aber hohe Ansprüche der Naherholung befriedigen. Eine angemessene Durchgrünung der Städte ist zu sichern: Grün und angenehmes Kleinklima in der unmittelbaren Wohnumgebung sollen ergänzt werden durch umfassendere, wertvolle Naturräume für besondere Erlebnisse, Bildung und Erholung.
- **Stadt und Umland:**
Die Stadt verbraucht natürliche Ressourcen, braucht also wie dargestellt das Umland. Dafür bietet die Stadt dem Umland Innovation, Technologie, Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze, Ausbildung und Bildung, Kultur, Wissenschaft, Freizeitangebote – all das in hoher Qualität und in reichem Maße. Eine harmonische Kooperation Stadt – Land zum Nutzen beider ist angezeigt.

Bürger ermuntern

Der Bürger als Souverän:

Die menschengerechte Stadt der Zukunft zeichnet sich durch mehr Freiraum für individuelle Ausgestaltung, für kreative Entfaltung aus,

aber auch für konstruktives Zusammenwirken der Bürger und damit für einen Rückzug der Obrigkeit. Nicht das Diktat der Besserwisser aus Wissenschaft, Politik, Stadtplanung oder Technokratie darf Stadtentwicklung charakterisieren und bestimmen, sondern das Ermöglichen, das Eröffnen von Chancen und Anreizen für initiative Bürger. Die Stadt ist nicht Vormund, sondern Diener ihrer Bürger.

Es geht darum, die Bürger zur Mitwirkung zu ermuntern, sie einzuladen, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Werden Zugangsschwellen zu direkt demokratischen Instrumenten und zur Mitwirkung im Stadtgeschehen niedrig gehalten, Information dagegen in reichem Maß und frühzeitig geboten, so ist davon auszugehen, dass die aktive Beteiligung der Bürger zu besseren urbanen Lösungen führt als die Umsetzung von machtorientierter Reißbrettplanung. Die häufig geäußerte Sorge, individuelle Egoismen würden dann gegen das Allgemeinwohl stehen, kann oft als Schutzbehauptung einflussreicher Akteure entlarvt werden. Freilich müssen Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten inhaltlich, räumlich und zeitlich geeignet abgegrenzt werden.

Vielen Bürgern mag es an theoretischem Wissen mangeln. Um ihre persönliche Situation, um ihre Umgebung in der Stadt wissen sie besser Bescheid als ortsferne Wissenschaft. Und: Die Bürger sind die Betroffenen, ziehen Nutzen oder erleiden Schaden aus den realisierten Vorhaben. Urbanität braucht initiative Bürger!

Fazit:

Zukunftsfähige Städte nach dem Maß, den Möglichkeiten, Fähigkeiten und Wünschen der Menschen brauchen Urbanität und Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen. Urbane Nachhaltigkeit zu erreichen und zu sichern ist Vorbedingung für einen zukunftsfähigen Lebensstil. Die Herausforderung ist groß. Die Perspektive rechtfertigt jede Anstrengung.

„Smart City“ als Vision oder Mythos

Wie Städte durch Ideen aller lebenswerter werden – eine Reflexion aktueller Wettbewerbe zu Smart-Cities- Applikationen

Ina Schieferdecker

Städte sind ein aktuelles Betätigungsfeld der Wirtschaft und Wissenschaft: Durch innovative Ansätze, basierend auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), sollen substantielle Fortschritte für lebenswerte und nachhaltige urbane Räume erzielt werden. Smarte Lösungen für die Stadt der Zukunft werden durch IKT ermöglicht – in der Tat wird es wohl keine Lösung ohne IKT geben –, jedoch sind IKT nur ein notwendiges, aber kein hinreichendes Element smarter Städte. Diese sind selber als ein Prozess der permanenten Beobachtung, Analyse und proaktiven Justierung der Abläufe in der Stadt zu verstehen, die Beiträge verschiedener Akteure und die Integration und Zusammenarbeit über System-, Administrations- und Fachgrenzen hinaus erfordern – unter Nutzung der in Entwicklung befindlichen IKT-Plattformen für Städte der Zukunft. Diese werden durch Forschungsergebnisse zum Internet der Dinge (Cyber-Physical Systems und Machine-to-Machine Communication), Internet der Dienste (Service Delivery Platforms), Internet der Communities (Crowd Sourcing, Open Innovation), zu Open Data (Data Portals und Registries Federations, Urban Ontologies), zu sicheren Identitäten etc. befördert. Nicht nur große IT-Firmen wie Siemens, IBM oder SAP, Telekommunikations-Anbieter wie Telekom oder Huawei, auch Forschungseinrichtungen wie MIT oder Fraunhofer und innovative Städte wie Amsterdam, Berlin, London, Santander oder Wien erarbeiten erste Lösungen.

Applikationen für smarte Städte

So sind Fragestellungen zu smarten Städten auch in der Internet-Community angekommen – hier werden insbesondere neuartige Applikationen für mobile Endgeräte konzipiert und

realisiert, um Probleme des alltäglichen Lebens und Arbeitens im urbanen Raum zu lösen. Ein Ausdruck dessen sind vielfältige Wettbewerbe, wie die erste internationale Konferenz zu Apps für smarte Städte, die im Mai 2012 in Amsterdam unter Veröffentlichung eines Manifestos für derartige Apps stattgefunden hat. Dieses charakterisiert Applikationen für smarte Städte als aus sieben Elementen bestehend:

- Empfindbar – die Applikationen nutzen Daten von Sensoren, die die Umwelt abfragen.
- Verknüpfbar – die Daten werden über Sensornetze im Web verfügbar gemacht.
- Zugänglich – Daten und Informationen über die Umwelt werden im Web veröffentlicht und jedem zugänglich gemacht.
- Allgegenwärtig – die Nutzer haben jederzeit, an jedem Ort, für jedes Endgerät mobilen als auch fest-vernetzten Zugang zu den Informationen im Web.
- Gesellig – die Nutzer können die Informationen über ihre sozialen Netze zugänglich machen.
- Gemeinsam nutzbar – die Informationen selber (nicht nur die Daten) sind zugänglich und adressierbar in vernetzten Peer-to-Peer-Umgebungen.
- Sichtbar und angereichert – zur Ergänzung der realen Umwelt werden die Informationen nicht nur auf den persönlichen (mobilen) Endgeräten, sondern ebenso über Präsentationsgeräte (wie Urban Screens) für die Allgemeinheit im Straßenbild etc. sichtbar gemacht.

Mehr Transparenz

Zur Realisierung derartiger Applikationen tragen der freie Zugang zu und die proaktive Bereitstellung von Informationen und Daten der öffentlichen Verwaltung wesentlich bei und helfen zudem, Transparenz zu vergrößern, Beteiligung zu vereinfachen sowie die Qualität und Effizienz der Verwaltung und des städtischen Lebens und Arbeitens zu erhöhen. Auch für offene

Daten wurden verschiedene Kriterien definiert, deren Erfüllung zu verschiedenen Maßen gegeben sein kann:

- Vollständig – Daten sollten vollständig und zuzüglich beschreibender Metadaten veröffentlicht werden.
- Primär – Daten sollten in möglichst ursprünglicher Form veröffentlicht werden.
- Aktuell – die Veröffentlichung der Daten soll möglichst zeitnah zur Entstehung oder Aktualisierung der Daten erfolgen.
- Leicht zugänglich – Aufwände für den Zugang und die Nutzung der Daten sollen möglichst gering sein.
- Maschineninterpretierbar – Daten sollen einfach in Applikationen und Werkzeugen nutzbar sein.
- Diskriminierungsfrei – der Zugriff auf die Daten sollte ohne Einschränkungen für jedermann möglich sein.
- Verwendung offener Standards – die Daten sollten in Formaten vorliegen, die gemeinschaftlich vereinbart, akzeptiert und über Technologien und Werkzeuge hinweg nutzbar sind.
- Lizenzfrei – die Daten sollten möglichst lizenzfrei durch Dritte nutzbar sein.
- Dauerhaft – die Daten sollten permanent und zuverlässig verfügbar sein.
- Kostenfrei – die Daten sollten möglichst kostenfrei durch Dritte nutzbar sein.

Frei verfügbare Daten sind ein wesentliches Instrument zur nachhaltigen Beeinflussung von Abläufen in einer Stadt. So startete im September 2010 mit Apps4Berlin ein erster Ideenwettbewerb zu mobilen Applikationen für die deutsche Hauptstadtregion unter Nutzung offener Daten. Die Wirtschaftsverwaltungen aus Berlin und Brandenburg luden Unternehmen, Forschungsinstitute, Schüler und Studenten, Verbände und kulturelle Einrichtungen ein, ihre Ideen und neuen Lösungen für mobile Anwendungen und Endgeräte (Smartphones, Tablet-PCs u.a.) zu entwickeln und einzureichen. Gegenstand des Wettbewerbs waren digitale mobile Applikationen, mit denen neue Märkte und neue Kundenkreise erschlossen werden

können. Neben berlinspezifischen Applikationen waren Softwareanwendungen gefragt, die bestimmten Nutzergruppen, wie z.B. Bürgern, Touristen, Menschen mit Behinderungen, Studierenden oder Kunstinteressierten, Vorteile bringen. Dies konnten beispielsweise Apps sein, die die demokratische Teilhabe der Bürger eröffnen, die Informationen über Stadt und Land aufbereiten und die Orientierung unterstützen, die spezifischen Nutzergruppen Vorteile bringen etc.

Breites Spektrum

Der Wettbewerb war Teil des „Projekts Zukunft“, einer landesweiten Senatsinitiative für den Strukturwandel Berlins zur Informations- und Wissensgesellschaft. Ziel ist die Entwicklung der Stadt zu einem international anerkannten, wettbewerbsfähigen und attraktiven Standort. Projekt Zukunft fördert die Zukunftsbranchen der Medien-, IT- und Kreativwirtschaft und vernetzt sie mit Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Durch Strategien, Initiativen und Projekte, Public-Private-Partnerships, Veranstaltungen, Informationskampagnen und Publikationen unterstützt Projekt Zukunft technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen und verbessert so die Rahmenbedingungen für die Wachstumsfelder der Stadt.

Auf den Aufruf zum Ideenwettbewerb waren 72 Einsendungen eingegangen. Das Spektrum reichte dabei von CityGuide-Apps über FixMyStreet-Service, wobei Bürger lokale Infrastrukturprobleme wie z.B. Müll oder Schlaglöcher den Behörden melden können, bis hin zu Hilfen für behinderte Menschen. Der Publikumspreis ging an „Mit DGS durch Berlin – ein berlinspezifischer Reiseführer in Gebärdensprache“: Berlin kennenlernen wollen jedes Jahr knapp acht Millionen Touristen, weshalb es eine Vielzahl an Berliner Reiseführern in verschiedenen Sprachen gibt, jedoch keinen in deutscher Gebärdensprache. Mit der App wird Wissen in Gebärdensprache, der Muttersprache des Nutzers, angeboten und ist somit einfacher zu verstehen. Der Reiseführer informiert ebenso über gehörlosenspezifische Themen rund um Berlin.

Die studentische Idee zu „bePart“ – eine Anwendung für die mobile e-Partizipation zur Stadtentwicklung – wurde ebenso ausgezeichnet: bePart eröffnet den Bürgern die Möglichkeit, gezielt Informationen über lokale und regionale Projekte einzuholen, einzusehen und zu bewerten. Dadurch wird frühzeitig eine Diskussionsgrundlage geschaffen, die unnötige Kosten und Missverständnisse vermeidet sowie die Konsensfindung zwischen Bevölkerung und Politik erleichtert. Gleichzeitig bietet bePart der Politik ein kontinuierliches Stimmungsbarometer und damit Zugang zu den aktuellen (anonymisierten) Meinungen der Bürger. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass Bürger aus eigener Initiative Verbesserungsvorschläge einbringen und somit aktiv an der Stadtentwicklung mitwirken können.

Eine weitere ausgezeichnete Applikationsidee ist der „Multilinguale Lern- und Informationsassistent“, der Berliner Neubürgern, deren Deutsch noch nicht über den Anfängerstatus hinausgeht, die Integration erleichtern soll, indem die Kommunikation vereinfacht und Informationen, die im Internet angeboten werden, nutzbar gemacht werden. Es werden Sprachkenntnisse (Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben), Wissen über Stadt und Land (Angebote, Formalitäten und Regeln) als auch Kenntnis der hiesigen Kultur (Sitten, Gebräuche und Umgangsformen) gestärkt.

Zudem wurde die Applikation „Wheelmap“ ausgezeichnet: Wheelmap.org ist ein offenes Onlineverzeichnis für rollstuhlgerichte und weniger rollstuhlgerichte Orte. Alle Benutzer, egal ob im Rollstuhl oder nicht, können barrierefreie und weniger passierbare Orte finden und nach dem Wikipedia-Prinzip auf einer Karte eintragen und verändern. Das Ziel ist es, Cafébetreiber, Kinobesitzer, Behörden etc. zum Umdenken zu bewegen und über „Barrierefreiheit“ in ihren Räumlichkeiten nachzudenken. Davon profitieren nicht nur Rollstuhlfahrer, sondern auch Menschen mit Rollatoren und Familien mit Kinderwagen.

Im November 2011 wurde der Programmierwettbewerb „Applikationen für Deutschland“ durch die deutsche Verwaltung

und Netzgemeinschaft gestartet. Der Wettbewerb wurde von den drei Vereinen der Open-Data-Bewegung – Open Data Network, Government 2.0 Netzwerk und Open Knowledge Foundation Deutschland – initiiert und koordiniert durch das Projekt „Open Government“ des Bundesministeriums des Innern unter Beteiligung des Statistischen Bundesamts und des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie. Aus 320 Datensätzen, 112 Ideen und 77 fertig programmierten Anwendungen wurden die Preisträger in den Kategorien „Applikationen Unternehmen“, „Applikationen Einzelentwickler“, „Ideen“, „Daten“ und Sonderpreise der drei Vereine, der Stadt Berlin und der Stadt Bremen ermittelt.

Zu den Ausgezeichneten gehören u.a. die Berliner Wahlkarte, welche alle am 18. September 2011 zur Wahl eines neuen Abgeordnetenhauses abgegebenen Stimmen visualisiert. So können alle Stimmen von Bezirks- über Wahlkreis- bis auf Kiez- bzw. Straßenebene verfolgt werden. Zudem können dynamische Analysen genutzt werden, um Hochburgen der Parteien zu identifizieren oder abgegebene Stimmen mit Wählerstrukturdaten wie Langzeitarbeitslosigkeit oder Migration in Zusammenhang zu bringen.

Zudem wurde die Applikationsidee „LISA – Lokale Information, Suche und Aggregation“ prämiert: Mit LISA sollen Attraktivitätsfaktoren einer Region anhand verschieden gewichteter Datenquellen individuell ermittelt und in aggregierter Form dem Nutzer dargestellt werden. Ein Nutzer kann für ihn wichtige Indikatoren auswählen und gewichten und erhält daraus eine individualisierte ortsbezogene Karte zur Attraktivität von Stadtteilen, sodass auf einen Blick interessante Stadtteile erkennbar werden. Dies kann z.B. für die Standortbestimmung eines Unternehmens bezüglich der Faktoren Konkurrenten, Zielgruppen, urbane Infrastrukturen, Mietpreise etc. genutzt werden.

In diesem Programmierwettbewerb wurden nicht nur Applikationen und Ideen, sondern ebenso Datensätze ausgezeichnet. Beispielsweise wurde „PegelOnline“ der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ausgezeichnet, das gewässerkundliche Daten mit derzeit ca. 500 Pegeln an Bundeswasserstraßen veröffentlicht. Die Daten

werden in verschiedenen Formaten und über verschiedene Dienste wie http-Downloads von aktuellen Messdaten in ASCII oder als Abonnement mit Versand der gewünschten Daten via E-Mail, als Open Geospatial konformer Web Map Service (WMS 1.1) oder Web Feature Service (WFS 1.1) etc. angeboten.

Gemeinsame Anstrengungen

Die Aufrufe für Ideen und Applikationen zu Lösungen in urbanen Räumen dauern an. Erst jüngst rief das europäische Projekt „Open Cities“ zum Open-Data-Wettbewerb „Open Cities App Challenge“ auf. Bis zum 30. Juni 2012 wurden innovative Anwendungen gesucht, die offene Daten nutzen und alltägliche Probleme der Bürger einer Stadt lösen. Der Wettbewerb richtet sich an Entwickler und Organisationen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, die offene Daten nutzen, beispielsweise von der Open-Cities-Open-Data-Plattform mit über 700 Datensätzen verschiedener europäischer Städte, von der Open-Cities-Open-Sensor-Plattform mit Echtzeit-Daten aus europäischen Sensornetzen oder jeglicher anderer Quelle für offene Daten, um echte Probleme im täglichen urbanen Leben von Bürgern und anderen Akteuren in einer Stadt und ihrem Umland zu lösen.

Es ist zu erwarten, dass mittels gemeinsamer Anstrengungen der Wirtschaft, der öffentlichen Hand und der (Internet-)Gemeinschaft die brennenden Themen in unseren Städten gelöst werden können. Die bereits umgesetzten Applikationen aus den verschiedensten Initiativen heraus zeigen deutlich das Potenzial der Innovationen „von unten“, die durch die Zusammenarbeit und Kooperation der verschiedenen Akteure in einer Stadt ermöglicht werden.

Literatur

von Lucke, J., Geiger, C. (2010):

Open Government Data.

Frei verfügbare Daten des öffentlichen Sektors. Gutachten für die Deutsche Telekom AG zur T-City Friedrichshafen: <http://www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/ticc/TICC-101203-OpenGovernmentData-V1.pdf>, zuletzt am 1. Mai 2012 geprüft.

Die Stadt als Innovationsraum für Gesellschaft und Wirtschaft

Johann Lefenda

Stadt und Innovation sind miteinander untrennbar verbunden. Urbanität und städtisches Leben werden – neben allen wissenschaftlichen Definitionen – zuallererst davon bestimmt, dass viele Menschen in einem dicht besiedelten Raum tagtäglich zusammen leben, denken und arbeiten. Dieses fundamentale Merkmal bringt mit sich, dass im urbanen Kontext durch die Jahrhunderte hindurch viele neue Fragen, Probleme und Herausforderungen in Erscheinung getreten sind und innovative Lösungen dafür entwickelt wurden, um ein friedliches und prosperierendes Zusammenleben zu ermöglichen. Exemplarisch herausgegriffen seien einige wenige Punkte:

Die Wurzeln von bürgerlicher Gesellschaft, Demokratie, Freiheit und Autonomie reichen bis in die antike Stadt zurück. Wann immer wir von Politik sprechen, nennen wir die Stadt als Polis im selben Atemzug. Auch in der jüngeren Vergangenheit sind neue gesellschaftliche Bewegungen und politische Organisationsformen zu meist in den Städten entstanden (neue politische Ideologien, soziale Bewegungen und politische Parteien, Partizipationsformen und Verwaltungsmodelle, Ausbreitung des Wahlrechts, Absenkung des Wahlalters etc.). Die Stadt ist der Ursprung des Politischen.

In wirtschaftlicher Hinsicht war die Stadt der Entwicklungsraum des Handels, noch heute bilden die Marktplätze und Einkaufsstraßen die pulsierenden Zentren unserer Städte. Im Zuge der industriellen Revolution siedelten sich die Produktionsbetriebe vorrangig im städtischen Raum an und trugen dazu bei, dass die städtische Bevölkerung wuchs und in neuen Beschäftigungsformen und Wirtschaftsbereichen tätig wurde. In der Moderne haben wir den enormen Bedeutungszuwachs des Dienstleistungs-

sektors erlebt, der ebenso wie die Dynamik in den Bereichen IT, High-Tech-Industrien und Wissensdienstleistungen zunächst in urbanen Räumen auftrat.

Damit hängt zusammen, dass Städte die Wissens- und Forschungsknotenpunkte der Gesellschaft darstellen. Bildungseinrichtungen, Hochschulen und Forschungsstätten siedelten sich bevorzugt in Städten an, wo nach wie vor ein höheres Bildungsniveau als im ruralen Raum festzustellen ist. Kunst, Literatur und Kultur entstanden vielfach durch die gegenseitige Inspiration, die Dynamik und Vielfältigkeit urbanen Lebens und wären ohne sie undenkbar.

Internationale Kooperationen wie z.B. das Städtenetzwerk der Hanse zeugen von den Städten als Speerspitze der überregionalen Vernetzung und Internationalität. Die Verkehrswege sind an den Städten als Knotenpunkte ausgelegt. Die Migrationsbewegungen in der Geschichte waren maßgeblich an den Städten ausgerichtet.

Die Stadt zeigte sich ob ihrer Vorreiterrolle für die Gesellschaft als erste mit sozialen Problemen, Umweltverschmutzung, gesundheitlichen Bedrohungen und Ähnlichem mehr konfrontiert und entwickelte Wege zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Oft machte die Charakteristik der Stadt auch die Entwicklung neuer Technologien notwendig, z.B. in der Verwaltung, im Verkehrswesen, der Wasser- und Energieversorgung, der Sozialfürsorge etc.

Diese und viele weitere Beispiele waren Innovationen, zum Teil radikale und gesellschaftsverändernde Innovationen, die aus der Stadt, in der Stadt und durch die Stadt entstanden sind. Im Kern steht der Begriff Innovation für alle Neuerungen, die entwickelt und von relevanten Gruppen angewendet werden. Dies können technologische Innovationen sein, aber auch neue Dienstleistungen, neue Methoden und Prozesse in der Wirtschaft, Veränderungen des sozialen Verhaltens, Innovationen in Kunst und Kultur und politische Innovationen. Die Städte waren in der Gesellschaft das Labor der Gesellschaft, die Keimzelle des Neuen.

Innovationen brauchen wir heute mehr denn je zuvor. In beinahe allen politischen Programmen und Strategien wird die Bedeutung von Innovationen für die Zukunft Europas betont. Wirtschaftliche und technologische Innovationen sind gerade von Europa gefordert, um im internationalen Wettbewerb nicht zurückzufallen und neue gesellschaftliche wie wirtschaftliche Chancenfelder zu erschließen. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden nur durch Innovationen bewältigt werden können.

Innovation ist von der Invention zu unterscheiden. Das klassische Bild des „Inventors“ als Erfinder und Genius in einer Person wird in der komplexen und technologisierten Welt vom „Innovator“ abgelöst, der in ein enges Netzwerk eingebunden ist. Innovationen entstehen mehr und mehr im Kollektiv und sind das Ergebnis des Wissens und der Erfahrungen vieler. Die wissenschaftliche Forschung hat gezeigt, dass in diesen „Open Innovation“-Prozessen das räumliche Umfeld eine große Rolle spielt. Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft einer Region bilden ein Innovations-system, in dem nicht nur hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und -arbeiter in räumlicher Nähe forschen und arbeiten, sondern in dem auch ein innovatives, kreatives und stimulierendes Milieu entsteht. Die Städte sind dafür prädestiniert, dieses Potenzial zielgerichtet und fokussiert zu entfalten, um jene Innovationskraft freizusetzen, die wir in der Gegenwart und Zukunft brauchen.

Die Städte sind nicht ein kulturelles und architektonisches Erbe Europas, das es zweifelsohne für künftige Generationen zu erhalten gilt. Städte bestehen aber nicht aus Gebäuden und Plätzen, sondern aus den Menschen, ihrem Wissen, ihren Beziehungen zueinander, ihrer Vernetzung in die ganze Welt. Den europäischen Städten wohnt ein schier unendliches Potenzial inne, die neuen Themen von Wirtschaft und Gesellschaft zu behandeln und ihr Innovationspotenzial zu erschließen.

Eine innovationsorientierte Stadtpolitik stärkt nicht nur den urbanen Raum, sondern kann Lösungen entwickeln, die für die ganze Gesellschaft nicht nur wertvoll, sondern dringend notwendig

sind. Drei Bereiche scheinen dabei besonders wichtig und wert, in einer innovativen Stadtpolitik stärker beachtet zu werden:

Strategien zur innovationsorientierten Stadtentwicklung

Die Globalisierung, Internationalisierung und die digitale Vernetzung über das Internet haben die Welt enger zusammengebracht und unsere Gesellschaft wesentlich verändert. Auch wenn wir uns in sozialen Netzwerken austauschen und binnen Sekunden wissen, was sich am anderen Ende der Welt tut, so ist das „Global Village“ nur ein virtuelles Konstrukt, welches das physische Zusammenleben ergänzt. Die zentrale Rolle der Städte als Wissensknotenpunkte, als Keimzelle gesellschaftlicher Trends und politischer Entwicklungen hat nicht an Bedeutung verloren, sondern diese wird wohl weiter zunehmen. Die österreichischen Städte brauchen daher eine zukunftsweisende innovationsorientierte Politik, die sie in ihrer Gesamtheit betrachtet und Strategien zur bestmöglichen Erschließung ihrer Innovationspotenziale beinhaltet.

Wissensintensive Dienstleistungen in Städten gezielt stärken

In den vergangenen Jahren hat sich die wirtschaftliche Tätigkeit zusehends vom Primär- und Sekundärsektor in den Dienstleistungssektor verlagert. Damit ist jedoch nicht das Ende einer auf industrieller Produktion basierenden Ökonomie eingeläutet worden, sondern zeigt den Wandel zur wissensbasierten Wirtschaft. Know-how, Qualität und neue Technologien sind der Schlüssel der europäischen Wirtschaft, um im weltweiten Wettbewerb mit aufstrebenden Regionen Schritt halten zu können. Dafür braucht es wissensbasierte Dienstleistungen wie z.B. Forschung und Entwicklung, Engineering, IT, Kreativwirtschaft, Beratungsleistungen und Ähnliches mehr. Die Städte waren und sind die Horte des Wissens und bieten wissensbasierten Unternehmen daher gute Standortvoraussetzungen, etwa die Nähe zu Kunden sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen, gute Infrastrukturanbindung, ein inspirierendes Umfeld. Für die Zukunft gilt es, die für

wissensbasierte Unternehmen relevanten Aspekte in der Stadtpolitik bedarfsorientiert und zielgerichtet weiterzuentwickeln und den Standort für diese wachsenden Branchen weiter attraktiv zu machen.

Die Stadt als Impulsgeber für soziale Innovationen

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts steht vor großen Herausforderungen, bei denen die traditionellen Wege an ihre Grenzen stoßen. Wie können wir den demografischen Wandel erfolgreich bewältigen? Wie können wir die drängenden Energie- und Umweltfragen nachhaltig lösen? Wie können wir soziale Inklusion in einer sich verändernden Gesellschaft erhalten? Wie können wir Leben und Arbeit so miteinander verbinden, dass Familie, Gesundheit und Erfolg miteinander vereinbar sind? Für diese und andere der „Grand Challenges“ bedarf es neuer Lösungen, braucht es gesellschaftsrelevante Innovationen. Die Europäische Union setzt seit Kurzem einen besonderen Akzent auf soziale Innovationen und beabsichtigt, im neuen Forschungsprogramm „Horizon 2020“ einen Schwerpunkt auf die Grand Challenges zu legen. Das Konzept der „Smart City“ muss von den Reißbrettern und wissenschaftlichen Arbeiten ehestmöglich in die konkrete praktische Umsetzung kommen. Ein möglicher Schlüssel zur Entwicklung neuer Lösungen liegt in der sphärenübergreifenden Kooperation. Auch müssen Social Entrepreneurs – Unternehmensgründerinnen und -gründer, die einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten möchten – auf neuen Wegen unterstützt werden. Die Stadt war in der Geschichte oftmals der Ort, an dem soziale Innovationen entwickelt wurden. Österreich – und ganz Europa – kann es sich schlichtweg nicht leisten, das enorme Potenzial der Städte für die Entwicklung und Umsetzung von Innovation in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu vernachlässigen.



Autorenporträts

Rudolf Bretschneider

Prof. Dr. Rudolf Bretschneider (geb. 1944) ist Gesellschafter der GfK Austria GmbH. Nach dem Studium der Psychologie, Germanistik und Leibesübungen in Wien begann er seine berufliche Laufbahn 1965 im damaligen FESSEL-Institut. Vom 1973 bis 2007 war er als dessen Geschäftsführer tätig. Seit Beginn 2008 steht er der dem GfK als Konsulent zur Verfügung. Seit 1970 ist er darüber hinaus auch als Lehrbeauftragter des Institutes für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien tätig. Seit 1998 ist er Vorstandsmitglied des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

Reinhold Christian

Dr. Reinhold Christian ist Physiker und seit ca. 35 Jahren beruflich und ehrenamtlich für Umwelt- und Naturschutz, Erwachsenenbildung, Stadtplanung, Projektmanagement, Politikberatung in unterschiedlichsten Funktionen tätig. Derzeit ist er Geschäftsführer des Umwelt Management Austria, geschäftsführender Präsident des Forums Wissenschaft & Umwelt und Vorstandsmitglied in verschiedenen Institutionen (Ökosoziales Forum Wien, Umweltdachverband, Wiener Volksbildungswerk etc.).

Harry Gatterer

Harry Gatterer (geb. 1974) ist Geschäftsführer des Zukunftsinstituts Österreich und Experte für „New Living“. Seine Themen umfassen die Bereiche Zukunft von Leben und Arbeit, neue Lebensstile und ihre Wirkung auf Gesellschaft, Unternehmen, Konsum und Freizeit. Sein erstes Unternehmen, das Wohnatelier in Kufstein und Kitzbühel, gründete er bereits im Alter von 20 Jahren. Mit den Erfahrungen aus der unternehmerischen Praxis

kam er über das Design zur Trendforschung und etablierte im Jahr 2002 die Lifestyle Foundation für Design- und Trendberatung. Von 2007 bis 2009 war er Vorsitzender der Jungen Wirtschaft Österreich, einer überparteilichen Interessenvertretung von mehr als 36.000 Jungunternehmerinnen und -unternehmern. Seit dem 1.1.2010 ist Harry Gatterer Geschäftsführer des neu gegründeten Zukunftsinstituts Österreich.

Manfred Juraczka

Manfred Juraczka (geb. 1969 in Wien) hat Publizistik und Politikwissenschaften studiert und war schon während seines Studiums beruflich politisch tätig. Nach dem Studium arbeitete er als Senior Consultant bzw. Geschäftsführer in der PR-Branche und anschließend als Marketing & Sales Manager in einem internationalen Technologiekonzern. Juraczka ist seit seiner Jugend in der ÖVP aktiv und war u.a. Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Wien-Hernals. Im September 2011 wurde er als Stadtrat angelobt und im Februar 2012 zum Landesparteioobmann der ÖVP Wien gewählt.

Sebastian Kurz

Sebastian Kurz (geb. 1986 in Wien) sammelte neben seinem Studium der Rechtswissenschaften erste berufliche Erfahrungen. Er war zunächst in der Rechtsanwaltskanzlei Fellner, Wratzfeld und Partner tätig. Nach einem Internship an der Österreichischen Botschaft in Washington wechselte er in die Uniqua Versicherungen AG und war bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretar für Integration im April 2011 als Landtagsabgeordneter und Gemeinderat in Wien tätig. Kurz begann sich im Jahr 2003 in der Jungen ÖVP zu engagieren. Nach einigen Jahren Engagement auf Bezirksebene wurde er im Jahr 2007 zum Landesobmann der Jungen ÖVP Wien und ein Jahr später zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt.

Johann Lefenda

Dr. Johann Lefenda (geb. 1982) hat Politikwissenschaft und Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Salzburg studiert und promovierte mit einer Arbeit zur Stadtpolitik in Österreich. Er ist bei Pöchhacker Innovation Consulting GmbH als Consultant tätig

und wirkt in zahlreichen Beratungs- und Forschungsprojekten im Themenkreis von Wirtschafts- und Innovationspolitik mit. Aktuelle Schwerpunkte bilden wissensbasierte Dienstleistungen, soziale Innovation und Zukunftstrends regionaler Wirtschaftspolitik.

Markus Linhart

Dipl.-Ing. Markus Linhart (geb. 1959) studierte von 1978 bis 1984 Elektrotechnik an der TU Wien. 1985 trat er in den Dienst der Vorarlberger Illwerke AG ein, wo er zunächst federführend an der Projektentwicklung in der Abteilung Leitungsbau mitwirkte und später Sonderaufgaben des Vorstandes übernahm. 1990 wurde er mit dem Ziel des Aufbaues einer Fachhochschule in Vorarlberg zum Geschäftsführer des Vereins Technikum Vorarlberg bestellt. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Einführung der Studiengänge Fertigungsautomatisierung, Betriebliches Prozess- und Projektmanagement sowie InterMedia beteiligt. 1998 wurde er zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz gewählt – eine Funktion, die er nach dreimaliger Direktwahl in den Jahren 2000, 2005 und 2010 bis heute innehat.

Mark Michaeli

Prof.dipl.arch ETH Mark Michaeli (geb. 1972 in Aachen) ist Architekt und seit 2010 an der ETH SIA und als ordentlicher Professor für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land an der Technischen Universität München tätig. Darüber hinaus ist er seit 2009 ständiger Gastdozent an der Universität St. Gallen. Von 2001 bis 2010 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der ETH Zürich. Michaeli ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesentwicklung sowie Mitglied der Akademie ländlicher Raum und betreibt Lehr- und Forschungstätigkeit in den Bereichen Nachhaltigkeits- und Umbaukonzepte von Stadtstrukturen zeitgenössischer urbaner Agglomerationen, ländlicher Räume und urbaner Systeme.

Christian Moser

Dr. Christian S. Moser (geb. 1972 in Lienz/Osttirol) studierte Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft, Philosophie

und Cultural Studies in Wien und London. Nach Abschluss seiner Journalistenausbildung war er beim Jugendsender ORF/FM4, danach als PR-Texter mit dem Schwerpunkt Firmenzeitschriften tätig. Er ist wissenschaftlicher Leiter an der Politischen Akademie der ÖVP und Geschäftsführer des Friedrich Funder Institutes für Jungjournalistenausbildung.

Siegfried Nagl

Mag. Siegfried Nagl (geb. 1963 in Graz) absolvierte 1988 das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Grazer Karl-Franzens-Universität und wurde danach geschäftsführender Gesellschafter des elterlichen Betriebes. 1996 wurde er Obmann der Grazer Innenstadt-Initiative, einer Interessenvertretung des Einzelhandels der Innenstadt. Erste politische Aktivitäten setzte er 1996 als stellvertretender Obmann des Grazer Wirtschaftsbundes sowie 1997 als Landesobmann-Stellvertreter des Steirischen Wirtschaftsbundes. Von 1998 bis 2003 war er Stadtrat der Stadt Graz und zuständig für die Bereiche Finanzwesen, Liegenschaften, Kultur und Landwirtschaft. Seit Januar 2000 ist er Stadtparteiobmann der ÖVP Graz und seit 2002 Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung Österreichs. Seit 2003 ist Nagl Bürgermeister der Stadt Graz.

Peter Pleschberger

Ing. Peter Pleschberger absolvierte eine Ausbildung zum Hochbautechniker und ist seit 1983 der Immobilienbranche verbunden. Die Geschäfte der Stiwog Immobilien GmbH. (GRAWE-Group) – ein namhaftes Unternehmen im Bereich der Treuhandverwaltung – führt er seit 1991. Neben den Befähigungen als Verwalter, Makler und Bauträger ist er seit 1996 als Gerichtssachverständiger tätig. Sein Tätigkeitsfeld wird durch Lehrveranstaltungen für die Donauuniversität Krems abgerundet.

Kurt Puchinger

Dipl.-Ing. Dr. Kurt Puchinger studierte Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Universität Wien. Danach war er Universitätsassistent am Institut für Regionalforschung und Ver-

tragsassistent am Institut für Örtliche Raumplanung an der Technischen Universität Wien. Von 1989 bis 2006 im freien Beruf tätig, war er von 2005 bis 2006 Vorsitzender des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung der Stadt Wien. Seit 2006 leitet er die Gruppe Planung der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion der Stadt Wien.

Petra Roth

Dr. h.c. Petra Roth (geb. 1944), seit 1972 für die CDU aktiv, wurde 1995 im ersten Wahlgang mit 51,9% zur Frankfurter Oberbürgermeisterin gewählt und 2007 zum dritten Mal mit 60,5% bestätigt. Ihre Amtszeit geht im Juni 2012 zu Ende. 2011 wurde sie auch Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags. Für ihre Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft und für die Leistungen der Stadt bei der Ausländerintegration wurde sie zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt sowie mit einem Ehrendoktorat der Universität Tel Aviv und der Sookmyung Women's University in Seoul ausgezeichnet.

Ina Schieferdecker

Prof. Dr.-Ing. Ina Schieferdecker (geb. 1967) absolvierte das Studium der mathematischen Informatik und lehrt und forscht an der Freien Universität Berlin und beim Fraunhofer FOKUS. Verschiedene Forschungsaufenthalte beispielsweise in USA, Kanada und Australien, ihre Mitgliedschaft bei acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften), ihre Funktion als stellvertretende Präsidentin des ASQF (Arbeitskreis Software-Qualität und Fortbildung), die Mitgliedschaft im GTB (German Testing Board) und ihre Funktion als Koordinatorin der Smart-Cities-Arbeiten bei FOKUS runden ihre Tätigkeit ab.

Wolfgang Schuster

Dr. Wolfgang Schuster absolvierte das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen, Genf und Freiburg sowie das Studium an der Ecole Nationale d'Administration in Paris. Er ist seit 1997 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart. Als stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetags, Präsi-

dent des Rats der Gemeinden und Regionen Europas, Präsident des Rats der Gemeinden und Regionen Europas und als Vizepräsident des Kommunalen Weltverbandes United Cities and Local Governments setzt er sich auch außerhalb der Stadtgrenzen für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne einer internationalen, interkulturellen und integrativen Stadtgesellschaft ein. Er gründete internationale Netzwerke wie „Cities for Mobility“, „Cities for Children“ und „Cities for Local Integration Policy“. 2012 wurde er von Bundeskanzlerin Merkel in den Nachhaltigkeitsrat berufen.

Silvia Stiller

Dr. Silvia Stiller ist Forschungsdirektorin am Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI) und leitet am HWWI das Themenfeld „Regionalökonomie und Stadtentwicklung“. Stiller hat Volkswirtschaftslehre in Munster und Kiel studiert. Im Rahmen ihrer Promotion, die sie an der Technischen Universität Dresden erlangt hat, befasste sie sich mit den ökonomischen Auswirkungen demografischer Veränderungen.

Paul Unterhuber

Dipl.-Ing. Paul Unterhuber (geb. 1981 in Bozen), studierte Agrarökonomie an der Universität für Bodenkultur Wien. 2004–2005 im politischen Kampagnenmanagement in verschiedenen Wahlkämpfen tätig, wurde er Referent im Österreichischen Bauernbund, sowie 2005–2011 Direktor des Wiener Bauernbundes. 2007–2010 war er Leiter des Büros von Stadtrat Norbert Walter und bis 2011 Referent im ÖVP-Rathausklub. Seit 2012 ist er bei GfK Austria im Bereich Sozial- und Organisationsforschung tätig.

Die Entwicklung der Städte stellt neue Anforderungen an die Stadtpolitik der Zukunft. Unsere Städte müssen innovativer, nachhaltiger, bürgernäher und smarter werden. Bürgerliche Stadtpolitik eröffnet mit ihrem zukunftsorientierten Wertekern dem Chancenraum Stadt neue Perspektiven. Intelligente, nachhaltige Stadtpolitik ist die richtige Alternative zu roter Trägheit, grüner Verbotspolitik und blauer Ignoranz.